

# Unsere Lebensgrundlagen bewahren

## Natur und Umwelt bewahren

5

Wir GRÜNE sind die Partei des Umwelt- und Naturschutzes. Die Menschen brauchen den Schutz der Pflanzen und Tiere nicht nur um ihrer selbst willen, sondern auch weil er die grundlegende Voraussetzung für ein gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften ist. Wir Menschen leben von der Natur und ihrer Vielfalt. Deshalb stehen Natur- und Umweltschutz in diesem Programm am Anfang. Wir müssen alles dafür tun, die Artenvielfalt bei uns in Sachsen zu erhalten und zu vermehren.

10

Nach wie vor gilt: Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Dem Artensterben müssen wir dringend etwas entgegensetzen. Ohne intakte Ökosysteme, ohne den Erhalt der Biodiversität, ohne den Schutz von Boden, Luft und Wasser können wir das Versprechen an unsere Kinder und Kindeskiner nicht einlösen, ihnen gesunde Lebensgrundlagen zu hinterlassen.

15

Uns GRÜNEN ist eine verlässliche und konsequent durchdachte Politik für Naturschutz und Artenvielfalt ein Kernanliegen. Ökosysteme müssen sich in ihrer Vielfalt regenerieren und erhalten können. Wir wollen daher den Umwelt- und Naturschutz ins Zentrum der sächsischen Politik rücken.

20

## 25 Für die ganze biologische Vielfalt

Die biologische Vielfalt von Tieren, Pflanzen und Lebensräumen zu erhalten und zu vermehren, ist eine gewaltige Herausforderung. Gelingt es nicht, das Artensterben zu stoppen – sowohl international wie auch in Sachsen – sind die Folgen unabsehbar und die Grundfesten der menschlichen Existenz bedroht – insbesondere durch das Insektensterben, denn die Rolle der Insekten in biologischen Zusammenhängen kann nicht hoch genug geschätzt werden. Sie sind Bestäuber, Abfallverwerter, Bodenverwalter, aber auch Nahrung für Wirbeltierarten und damit wichtiger Teil der Nahrungskette. Sterben sie, bleiben auch Nutzpflanzen unbestäubt, kein neuer Humus wird produziert, Böden verarmen und den insektenfressenden Wirbeltieren fehlt die Lebensgrundlage. Um das Artensterben zu bremsen oder ganz zu stoppen, bedarf es auch einer Agrarwende. Das Artensterben ist ungebremsst, obwohl verschiedene Kategorien von Schutzgebieten in Sachsen erfolgreich eingerichtet worden und zahlreiche Arten gesetzlich geschützt sind. Allein in den Reservaten können Arten also nicht überleben. Sie müssen auch in der Normallandschaft einen Platz finden. Artenvielfalt braucht beides: Eine lebensfreundlicher gestaltete Normallandschaft und Biotopverbundstrukturen.

30

35

40

**Großschutzgebiete** sind ein wichtiger Baustein unserer Naturschutzpolitik. Der Nationalpark Sächsische Schweiz stärkt die Attraktivität dieser einzigartigen Region und sorgt für Wertschöpfung vor Ort. Durch **Biosphärenreservate** verknüpfen wir aktive Naturschutzpolitik mit wirtschaftlichen Aktivitäten und Tourismus. Hier zeigt sich, dass man mit GRÜNER Politik schwarze Zahlen schreiben kann. In Großschutzgebieten gehen Naturschutz, Naherholung, Tourismus und die Entwicklung regionaler Produktlinien Hand in Hand. So wird regionale Wertschöpfung erzeugt und entstehen vielfältige Arbeitsplätze. Erfolgreich sind vor allem die Großschutzgebiete, bei denen Zielsetzung und Realisierung gemeinsam mit den Menschen und Unternehmen vor Ort festgelegt und umgesetzt werden. Daher wollen wir GRÜNE im Dialog mit den Menschen vor Ort und für sie bestehende

45

50

55 Großschutzgebiete verbessern und neue entwickeln. So wollen wir etwa das Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe nach Sachsen ausdehnen und den Nationalpark Sächsische Schweiz behutsam erweitern. Wir GRÜNE setzen uns für eine Nachfolgeregelung für das Naturschutzgroßprojekt Bergwiesen im Osterzgebirge in deutsch-tschechischer Zusammenarbeit ein. Ferner streben wir die Einrichtung des Nationalen Naturmonuments „Grünes Band“ auch in Sachsen analog zu Thüringen an.

60 Wir GRÜNE wollen, dass die **Großschutzgebietsverwaltungen** in den Schutzgebieten aufgestockt werden. Wir wollen die Naturschutzbehörden finanziell stärken, um mehr Geld für **praktischen Naturschutz** zur Verfügung stellen zu können. Wichtige Naturschutzprojekte wollen wir mit einer dauerhaften Finanzierung absichern und so eine gesicherte Perspektive für die Zukunft schaffen. Wir wollen das landesweite Netz von  
65 **Naturschutzstationen** sichern und ausbauen.

Die Hauptursachen für den immensen Rückgang der Arten sind der Verlust der Lebensräume und eine intensivierete Landwirtschaft. Daher wollen wir einen grundlegenden Wandel in der Landwirtschaft und ein funktionierendes, das ganze Land überspannendes  
70 Netz von geschützten Lebensräumen schaffen. Dieses soll aus den bestehenden **Schutzgebieten**, den biologisch wertvollen Bestandteilen der gewachsenen Kulturlandschaften sowie neuen Verbindungsflächen entwickelt werden. Wir wollen in Sachsen ein hochwertiges **Biotopverbundnetz** einrichten, das einen Verbund von Lebensräumen und Wanderkorridoren anbietet. Dieses Netz nützt allen Arten, sei es den  
75 Gewässerarten, wie auch den Arten des Offenlandes oder des Waldes, deren Arterhaltung inzwischen auch mangels genetischen Austauschs gefährdet ist. Wir GRÜNE wollen eine kontinuierliche **Arterfassung** und das professionelle Monitoring bestehender Populationen gewährleisten.

80 Wir wollen erreichen, dass sich mehr Menschen für Artenschutz und Biotoperhaltung engagieren. Eine Voraussetzung dafür sind Angebote qualitativ hochwertiger **Umweltbildung** im Freizeitbereich und an den Schulen. Umweltbildung soll sich in praxisbezogener Ökologie in den Lehrplänen, mehr Exkursionen und Freilandexperimenten wiederfinden. Spezielle Förderung, beispielsweise von Schüler\*innen-  
85 Arbeitsgemeinschaften „Naturschutz“ sowie die Qualifizierung und Sensibilisierung der Lehrer\*innen, sind sinnvolle Maßnahmen. Wir unterstützen die Anbieter\*innen von Umweltbildungsangeboten, die Vernetzung der Akteur\*innen sowie die Qualifizierung der Angebote. Umweltbildung darf sich jedoch nicht nur auf Kinder und Jugendliche als Zielgruppen beschränken, sondern muss auch an sächsischen Hochschulen und den  
90 Einrichtungen der Berufsausbildung sowie in der Erwachsenenbildung verankert werden. Die in der Umweltbildung tätigen Beschäftigten brauchen sichere und besser bezahlte Arbeitsplätze.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 95
- die Erweiterung und Ergänzung der bestehenden Großschutzgebiete,
  - mehr Geld für praktischen Naturschutz und mehr Naturschutzstationen,
  - ein sächsisches Biotopverbundnetz,
  - die Sicherung von Arterfassung und Monitoring,
  - die Stärkung der Umweltbildung und bessere Arbeitsbedingungen der hier  
100 Beschäftigten.

## Flächenfraß stoppen

105

Intakte Böden sind eine entscheidende und zugleich zu wenig beachtete Lebensgrundlage. Unsere Böden dienen nicht nur zum Anbau von Kulturpflanzen, sondern sind Speicher und Filter für Wasser, Nährstoffe und auch Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>). Der Boden schützt auf diese Weise unsere Atmosphäre und spielt damit eine zentrale Rolle für den Klimaschutz. 110  
Zugleich ist er vielfältiger Lebensraum für unzählige Bodenorganismen. Dennoch wird Boden durch Flächenversiegelung, Flächenverbrauch, Erosion und Verschmutzung in immer größerem Maße gefährdet und dauerhaft zerstört. Es gehört zu den wichtigsten ökologischen Herausforderungen der nächsten Jahre, dem trotz schrumpfender Bevölkerungszahl ständig steigenden Flächenfraß in Sachsen Einhalt zu gebieten. Die 115  
**Eindämmung des Flächenverbrauchs** ist neben dem Erosionsschutz wohl der bedeutendste Baustein für den Bodenschutz. Mit täglich mehr als 4 Hektar Flächenverbrauch ist der Bodenverbrauch in Sachsen viel zu hoch. Damit werden in Sachsen jedes Jahr wertvolle Böden größer als der Bärwalder See, der größte See Sachsens, dem Flächenfraß geopfert. All diese Flächen sind für unsere Natur, 120  
Landwirtschaft und gewachsene Kulturlandschaft verloren. Wir GRÜNE setzen uns daher auf allen Ebenen für eine deutliche **Trendwende beim Flächenverbrauch von Böden ein**.

Wir wollen den ungebremsten Flächenverbrauch per Gesetz stoppen und das **Netto-Null-Ziel** für das ganze Land rechtlich verbindlich machen. Bisher sind alle politisch oder rechtlich 125  
gesetzten Ziele für eine Vermeidung oder Reduzierung von Flächenfraß bei Bauprojekten letztlich unverbindlich. Straßen werden ohne reale Erfordernis einfach wegen behördeninterner Standards regelmäßig verbreitert, oder ohne Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung neu gebaut. Neue Gewerbegebiete und Wohngebiete werden auf der grünen Wiese geplant, obwohl landesweit noch immer vielfach Gebäudeleerstand und 130  
innerörtliche Brachen zu finden sind. Wir GRÜNE wollen, dass das Thema Flächenfraß für jedes derartige Bauvorhaben zu einer rechtlich relevanten Größe wird.

Wir wollen mit dem verbindlichen Stopp weiteren Flächenfraßes nicht in bestehende Rechte Privater eingreifen und gleichzeitig die Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen erhalten. 135  
Dazu wollen wir ein intelligentes **Flächenzertifikatesystem** einführen. Das Netto-Null-Ziel kann nur dann erreicht werden, wenn unsere Städte und Gemeinden mit im Boot sind. Die gesetzliche Begrenzung soll sich nur auf neue Planungen und solche außerhalb bestehender Ortslagen und Gewerbegebiete beziehen. Dort, wo jenseits bereits bestehenden Baurechts neue Vorhaben entstehen sollen, soll der Neuverbrauch künftig 140  
vollständig ausgeglichen werden. Weil das nicht immer vor Ort möglich ist und der Bedarf zu Neubau oder Rückbau landesweit sehr unterschiedlich ist, soll ein System von Flächenzertifikaten geschaffen werden. Über diese handelbaren Flächenzertifikate ermöglichen wir Kommunen, Landkreisen und Freistaat mit konkretem Flächenbedarf den Kauf von Flächen von anderen Kommunen, die diese nicht mehr benötigen. Dabei sollen 145  
möglichst keine landwirtschaftlichen Flächen für Ausgleichsmaßnahmen herangezogen werden. Neuversiegelungen sollen nur noch genehmigt werden, wenn jeweils eine gleich große Fläche in gleichartiger Umgebung entsiegelt wird. Dieses System lässt Raum für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung und ausreichend Wohnungsbau und sorgt zugleich für einen sparsamen und intelligenten Umgang mit unseren Böden.

150

Damit wird der bislang häufig nur beschworene, aber nicht verwirklichte **Vorrang der Innenentwicklung gegenüber den Randlagen** auf kommunaler Ebene endlich Wirklichkeit. Die Städte und Gemeinden sollen im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit bevorzugt Brachflächen und Baulücken im innerörtlichen Bereich nutzen, anstatt neue Baugebiete auf 155  
der grünen Wiese auszuweisen.

Wir GRÜNE wollen zugleich den Städten und Gemeinden auch verstärkte **Anreize für die zielgerichtete Innenentwicklung** bieten und technische Hilfsmittel für das Flächenmanagement vorhalten. Bereits vorhandene Ansätze wollen wir GRÜNE aufgreifen und eine **Innenentwicklungsberatung für Kommunen** schaffen. Dabei setzen wir uns für eine doppelte Innenentwicklung ein, die auf Nachverdichtung und Verbesserung der Durchgrünung, des Stadtklimas und der Lebensqualität setzt. Mit dieser zielgerichteten Politik für unsere Ortskerne und Innenstädte schaffen wir einen sichtbaren Beitrag für einen guten Bodenschutz, halten und bringen Kaufkraft in unsere Ortskerne und Innenstädte, lenken Investitionen in Baudenkmale und sorgen dafür, dass unsere einzigartige sächsische Kulturlandschaft erhalten bleibt.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Trendwende gegen den Flächenfraß und ein rechtlich verbindliches Netto-Null-Ziel beim Flächenverbrauch,
- ein intelligentes Flächenzertifikatesystem,
- neue Anreize für die Innenentwicklung in Städten und Gemeinden.

175

### **Wir pflanzen und schützen Bäume**

Bäume und Hecken, insbesondere große Altbäume sorgen für den Sauerstoff, den wir zum Atmen brauchen. Sie reinigen die Atemluft von Staub und Schadstoffen. Sie vermindern Lärm. Sie spenden Schatten und sorgen damit in heißen Sommern dafür, dass Temperaturen für den Aufenthalt im Freien erträglich bleiben und Feuchtigkeit länger im Boden bleibt. Sie schaffen ihrerseits Lebensraum für zahlreiche andere Pflanzen und Tiere. Sie prägen unsere Städte und Kulturlandschaften und machen sie zu lebenswerten, lebendigen Orten.

185

Die mit dem Klimawandel verbundene Zunahme von Extremwetterereignissen und auch anhaltender Hitze stellen unsere Städte vor erhebliche Probleme. Hier bekommen Bäume und Gehölze eine immer größere Bedeutung, als Einzelbäume und Straßenalleen, als wesentliche Elemente von Plätzen, Grün- und sonstigen Freiflächen und entlang unserer Gewässer. Wir GRÜNE kämpfen daher für ein **besseres Klima in den Städten** durch den Erhalt unserer Gehölze, umfangreiche Neupflanzungen, gut erhaltene und neue Parks, Wiesen, Gärten, Wälder, naturnahe Fluss- und Bachläufe und neu gepflanzte Alleebäume. **Gemeinschaftsgärten und Grünflächen** auf städtischen Brachen wollen wir mit einer öffentlichen Förderung unterstützen. Auch das Kleingartenwesen erfüllt viele soziale Funktionen. Wir wollen die Kleingärtner\*innen dabei unterstützen, das Verständnis für die biologische Vielfalt nicht nur im Garten, sondern auch im Siedlungsbereich zu wecken.

195

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die noch von Schwarz-Gelb durch das „Baum-Ab-Gesetz“ abgeschaffte und von Schwarz-Rot nicht wieder hergestellte kommunale Selbstverwaltung beim **Baumschutz in Sachsen endlich wiederherstellen**. In unseren Städten und Dörfern ist nicht mehr zu übersehen, dass die Bäume und Sträucher immer weniger werden. Die Städte und Gemeinden sollen Bäume und andere Gehölze wieder wirksam über eigene Baumschutzsatzungen schützen können. Wo eine solche Satzung gilt, dürfen Bäume nur gefällt werden, wenn es dafür einen nachweisbaren Grund gibt und ein Ausgleich gepflanzt wird.

205

Wir GRÜNE wollen das Verschwinden von **Straßenbäumen und Alleen** stoppen und für eine Trendumkehr sorgen. Verwaltungsvorschriften und Förderrichtlinien im Straßenbau

210 sorgen dafür, dass die Straßenverwaltungen systematisch Straßenbäume entfernen, die in  
diesem Zusammenhang einzig als mögliche Hindernisse betrachtet werden. Damit  
verschwindet ein wesentliches Element unserer Kulturlandschaft. Wir wollen dafür sorgen,  
dass diese Baumfällungen beendet und Bäume entlang der Straßen wieder nachgepflanzt  
und auch neue Alleen angelegt werden. Zudem wollen wir den Einsatz von Tausalzen im  
215 Winter reduzieren, die zur Versalzung der Oberflächengewässer beitragen und die  
Straßenbäume schädigen.

Bislang werden auch Bäume und Gehölze entlang der Flüsse systematisch beseitigt. Diese  
werden von der zuständigen Landeswasserverwaltung als technische Anlagen des  
Hochwasserschutzes betrachtet und entsprechend umgestaltet. Dies betrifft Bäume und  
220 andere Gehölze am Gewässer selbst, auf Deichen und in einem breiten Streifen jenseits  
der Deiche. Das widerspricht nicht nur allen Grundsätzen einer notwendigen Renaturierung  
unserer Gewässer und der Wiedergewinnung von Auwäldern, sondern zerstört in  
Jahrhunderten gewachsene Kulturlandschaften und damit Lebensraum für Mensch und  
Natur. Wir GRÜNE wollen diese Entwicklung beenden und für eine umfassende ökologische  
225 Umgestaltung unserer Flüsse sorgen. Hierzu wollen wir ein umfassendes Auenprogramm  
auflegen, das den Flüssen wieder mehr Raum gibt und auch dem Hochwasserschutz dient.

Vor über 300 Jahren wurde in Sachsen der Begriff der Nachhaltigkeit mit Bezug auf die  
Forstwirtschaft geprägt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine **nachhaltige**  
230 **Forstwirtschaft in Sachsen**. Wir stehen für eine Waldbewirtschaftung, die den  
Herausforderungen des Naturschutzes, der Erholung und der Wirtschaftlichkeit  
gleichermaßen gerecht wird. Wir wollen dafür sorgen, dass der Freistaat Sachsen als mit  
Abstand größter Waldbesitzer und Bewirtschafter vorbildhaft daran arbeitet, die Belange des  
Naturschutzes und der Erholung mit denen der Forstwirtschaft in Einklang zu bringen. Der  
235 Schutz des Waldbodens vor dem Einsatz schwerer Technik, der Schutz von Lebensstätten  
geschützter Tiere, aber auch ein guter Zustand von Wanderwegen sind hier einige der  
wesentlichen Aspekte.

Wir müssen dringend weg von den noch immer prägenden Nadelholzmonokulturen. Der  
240 **Waldumbau** zu standortgerechten artenreichen Mischwäldern muss konsequent  
weiterentwickelt werden. Das ist die Grundlage für eine hohe Vielfalt an Arten, nicht nur von  
Bäumen, sondern von Pflanzen und Tieren im und über dem Waldboden. Nur so kann der  
Lebensraum Wald fit für die Klimaherausforderungen der Zukunft gemacht werden. Wir  
GRÜNE wollen den Waldumbau im Staatswald beschleunigen und im Privatwald, auch  
245 durch geeignete Beratung der Eigentümer\*innen, unkompliziert und flexibel fördern.  
Darüber hinaus setzen wir uns für Waldmehrung ein.

Neben den bewirtschafteten Forsten wollen wir mit sogenannten **Prozessschutzflächen**  
den Anteil der Flächen, in denen natürliche Prozesse ungestört ablaufen können,  
250 konsequent auf 10 Prozent der sächsischen Waldfläche erweitern. Wir wollen ein Netz von  
naturnahen nutzungsfreien Wäldern und Waldreservaten mit Altholzbeständen entwickeln.  
Wir wollen, dass der Staatsbetrieb Sachsenforst künftig nach den internationalen Kriterien  
für verantwortungsvolle Waldwirtschaft des Forest Stewardship Council (FSC) arbeitet, wie  
es schon zahlreiche andere öffentliche Forstbetriebe in Deutschland erfolgreich tun.

255 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Förderung von Gemeinschaftsgärten und Grünflächen auf städtischen Brachen,
- die Wiederherstellung des selbstbestimmten kommunalen Baumschutzes,

- 260
- den Erhalt und die Erneuerung von Straßenbäumen und Alleen durch neue Straßenbaurichtlinien,
  - eine nachhaltige staatliche Forstwirtschaft,
  - ökologisch sinnvollen Waldumbau im sächsischen Staatswald und Waldmehrung.

265

### Lebenselixier Wasser

Wir GRÜNE wollen, dass Bäche und Flüsse wieder offengelegt und renaturiert werden. Das kann durch den Rückbau von Drainagen oder Begradigungen erreicht werden. Auch die Gebirgsbäche sollen Durchgängigkeit und Retentionsraum (Speicherraum) bekommen. Wasserkraftausbau muss im Einklang mit dem Naturschutz stehen, insbesondere indem Mindestmengen an Wasser im ursprünglichen Flussverlauf und funktionstüchtige Fischtrepfen gewährleistet werden. Naturnahe Ufergehölze sind als stabilisierende Elemente zu erhalten. Durch ein landesweites **Renaturierungsprogramm** wollen wir eine gute ökologische Gewässerqualität in Sachsen erreichen. Um die dafür benötigten Flächen verfügbar zu machen, werden wir uns für eine aktive Flächenpolitik einsetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein umfassendes und konsequent umzusetzendes **Deichrückverlegungsprogramm** und breite Pufferzonen zwischen landwirtschaftlich genutzten Flächen und Auen sowie Gewässerufern schaffen. Die Bodenbearbeitung auf den Nachbarflächen zu Gewässern und in Hanglagen muss bodenschonend und bodenerhaltend erfolgen. Wegen ihrer starken Anfälligkeit für Wind- und Wassererosion ist die vegetationsfreie Phase kurz zu halten und insbesondere vegetationsfrei gehaltene Brachen sind möglichst durch Grünbrachen zu ersetzen.

285

Wir GRÜNE wollen die **Elbe** als lebendigen Fluss erhalten. Die Staatsregierung muss sich gegenüber den tschechischen Behörden für einen Verzicht auf den Bau einer Elbe-Staumstufe bei Děčín einsetzen. Die Staumstufe hätte für die Flusslandschaft Elbe nahe der deutsch-tschechischen Grenze negative ökologische Auswirkungen. Die Wasserqualität würde sich verschlechtern und die Auen mit zahlreichen geschützten Pflanzen und Tieren austrocknen. Aufgrund der langen und häufiger werdenden Niedrigwasserperioden an der Elbe ist eine ganzjährige Binnenschifffahrt auf der Elbe bis zur Nordsee unrealistisch und unrentabel.

Trotz der bereits erreichten Verbesserung der Gewässerqualität in Sachsen, führen Drainagen, Oberflächenabflüsse und sonstige Abwässer nach wie vor zu sehr starken Belastungen von Stand- und Fließgewässern. Die Belastungen sind unter anderem Pflanzenschutzmittelrückstände, Nitrate und Phosphate aus der Landwirtschaft, die zunehmende Verunreinigungen durch Medikamente, Mikroplastik, Kontrastmittel, Antibiotika aus der Landwirtschaft oder andere chemische Verbindungen, die in Kläranlagen nicht herausgefiltert werden können. Wir wollen bei den Belastungsursachen ansetzen und den Eintrag dieser Mittel reduzieren und bauen dabei auf eine **konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie**. Dabei hilft eine Extensivierung der Landwirtschaft, die Einführung von mindestens 10 Meter breiten Gewässerschutzstreifen sowie eine Reduzierung der Belastung aus Industrieanlagen, Haushalten und Altlastenverdachtsflächen, um den chemischen Zustand unserer Gewässer zu verbessern.

Wir wollen die sächsische Teichwirtschaft als bedeutungsvollen Faktor für die Fischzucht, den Schutz der natürlichen Lebensräume und die biologische Vielfalt in der kulturhistorischen Landschaft erhalten. Angelvereine wollen wir bei der Hege und Pflege der

gepachteten Gewässer und beim Schutz bedrohter wildlebender Tier- und Pflanzenarten unterstützen.

315 Die vergangenen Jahre zeigten eine klimabedingte Häufung von Extremwetterereignissen, insbesondere von Dürre, regionalen Starkregenfällen und Hochwasser. Sowohl die Berichte des Weltklimarates der Vereinten Nationen als auch die Analyse des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) machen deutlich, dass in den nächsten Jahren mit einer Zunahme von Extremwetterereignissen zu rechnen ist. Mauern und Dämme immer nur höher zu bauen, hilft nicht weiter. Zu schnell abfließende Niederschläge führen flussabwärts zu gefährlich hohen Wasserständen sowie andererseits zu Wassermangel in Dürrezeiten. Wir wollen eine Neuausrichtung hin zum **ökologischen Hochwasserschutz** auf der gesamten Fläche und zu einer Anpassung der menschlichen Nutzung von Bach- und Flussauen. Um Hochwassergefahren wirksam zu verringern, muss den Flüssen mehr Retentionsraum gegeben werden. Die Elbe hat bis heute bereits drei Viertel ihrer Überschwemmungsflächen verloren – mit gravierenden Folgen: Die Fließgeschwindigkeit erhöht sich, die Hochwasserscheitel fallen höher aus und treten eher ein. Dennoch findet derzeit weder ein Retentionsraumausgleich statt, noch werden ausreichend neue Rückhalteflächen geschaffen. Umgesetzt werden vorrangig technische Maßnahmen wie der Deich- und Mauerbau. Schwerpunkt aller künftigen Maßnahmen muss der ökologische Hochwasserschutz werden. Dazu gehört auch die Laufverlängerung vieler begradigter Fließgewässerabschnitte durch das Renaturierungsprogramm, um das Wasser langsamer abfließen zu lassen und besser in der Fläche zurückzuhalten. Alle Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes sind mit dem ökologischen Gesamtgefüge abzustimmen und in Einklang zu bringen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die dezentrale ortsnahe Versickerung und Regenwasserrückhaltung auf allen Grundstücken.

**Auen** sind als naturbelassene Erholungsgebiete, als Frischluftschneisen und als Überschwemmungsflächen auszuweisen und zu nutzen. Auch die **Hochmoore** der sächsischen Mittelgebirge können eine wichtige regulatorische Funktion beim natürlichen Hochwasserschutz übernehmen. Da die meisten Moore jedoch mit Beginn der Industrialisierung Sachsens trockengelegt und abgebaut wurden, ist Wiedervernässung und Renaturierung unerlässlich. Hier wollen wir im Rahmen eines Landesprogrammes die Bemühungen der letzten Jahre auf diesem Gebiet verstetigen und intensivieren.

345 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein landesweites Renaturierungsprogramm für Flüsse, Moore und Bäche,
- den Schutz der Elbe,
- die konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie,
- eine Neuausrichtung hin zum ökologischen Hochwasserschutz,
- den Erhalt und die Wiederentwicklung von Auen.

355 **Luft rein halten, Lärm und Lichtverschmutzung reduzieren**

Der Hauptverursacher von Luftverschmutzung ist der individuelle Straßenverkehr. Stickstoffdioxid und Feinstaub werden aus den Motoren, v. a. den Dieselmotoren, ausgestoßen. Zusätzlich entsteht Feinstaub aus Brems- und Reifenabrieb sowie aufgewirbeltem Staub. Der Schwerlastverkehr erzeugt dabei die größten Mengen. Weitere Emittenten sind die Industrie, die Landwirtschaft und die privaten Hauskamine. Unser Ziel ist die Minimierung des Ausstoßes an schädlichen Stoffen insgesamt. Der Schutz vor diesen enormen gesundheitlichen Risiken wurde bislang nicht konsequent verfolgt. Wir wollen

flächendeckend wirkungsvolle **Aktions- und Luftreinhaltepläne** einrichten. Mit einer Palette von Maßnahmen, wie die Verlagerung von Transporten auf Schienenwege, die Unterstützung von ÖPNV und Radverkehr, den Einsatz von Pfortnerampeln soll insbesondere der Verkehr auf der Straße vermindert werden. Wir wollen dazu beitragen, dass die EU-Grenzwerte eingehalten werden. Die Erstellung und Umsetzung dieser Maßnahmen sollen fachlich begleitet und finanziell gefördert werden. Die Individualklagerechte der Betroffenen wollen wir stärken.

Viele Menschen, die an Straßen oder Schienenstrecken wohnen, werden in erheblichem Maße in ihrer Gesundheit und Lebensqualität beeinträchtigt. Wir wollen die Investitionen für Lärmschutzmaßnahmen an Staatsstraßen und regionalen Bahntrassen deutlich erhöhen. Zu diesem Zweck sollen finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Wir möchten die Umsetzung von **Lärmaktionsplänen** in den Kommunen fördern. Deswegen wollen wir uns dafür einsetzen, dass Sachsen im Bundesrat auf eine Änderung des Immissionsschutzrechts hinwirkt, um eine erhöhte Bindungswirkung der kommunalen Lärmaktionspläne für die nachgeordneten Behörden zu schaffen und den Städten und Gemeinden damit die Möglichkeit zu geben, die vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen auch durchzusetzen. Aus Gründen des Lärmschutzes setzen wir uns auch für ein Nachtflugverbot am Flughafen Leipzig/Halle ein.

Die „Lichtverschmutzung“, auch „Licht-Smog“ genannt, die nachts durch die Beleuchtung für Reklame, an Gebäuden von Straßen, Grundstücken und Parkplätzen entsteht, verringert qualitativ guten Schlaf und beeinträchtigt das Wohlbefinden der Menschen. Lichtverschmutzung ist auch ein Faktor für den dramatischen Rückgang von Insekten in den vergangenen Jahren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher sofortige Maßnahmen zur Reduzierung der Lichtverschmutzung. Die Maßnahmen beinhalten insbesondere, dass künstliches Licht nachts nur eingesetzt werden sollte, wo es unbedingt notwendig ist. Das Licht soll dann nur dorthin gelenkt werden, wo es benötigt wird, d. h. auf die Verkehrsfläche oder die tatsächlich zu beleuchtende Fläche. Naturnahe Bereiche, wie Bäume, Felsen oder Gewässer sollen nicht beleuchtet werden. Warmweißes und gelbes Licht mit einer äquivalenten Farbtemperatur von weniger als 2700 Kelvin ist zu bevorzugen. Die Lichtmenge sollte eher gering gewählt werden und nach Möglichkeit bedarfsorientiert ein- und ausgeschaltet werden können. Die Nutzung von naturschutzfreundlicher und verantwortungsvoller Beleuchtung sollte bereits in der Planung berücksichtigt werden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- Aktions- und Luftreinhaltepläne, um die Belastung durch Stickstoffdioxid und Feinstaub zu reduzieren.
- die Förderung von Lärmaktionsplänen in den Kommunen,
- wirksame Maßnahmen gegen Lichtverschmutzung.

#### 405 **Müll und Abfall: Vermeidung ist besser**

Das Ziel „Zero Waste“ („Null Müll“) wird weltweit in immer mehr Kommunen und Regionen zum Leitbild der Abfallpolitik. „Zero Waste“ – das wäre das Ende von Müllverbrennung und Giftmülldeponien, von Müllimporten nach Sachsen und gefährlichen Transporten, von Plastikteilen in den Körpern von Fischen und Vögeln. Dies kann erreicht werden durch Müllvermeidung, die Wiederverwendung von Gegenständen und Bauteilen, die Umwandlung von Abfällen in Wertstoffe (z. B. Kunststoffe), abfallarme Produktionsprozesse und die Kompostierung organischer Abfälle. Sachsen hat das Potenzial dazu, weil wir im

415 Freistaat leistungsfähige Unternehmen in der Kreislaufwirtschaft haben. Eine Zero-Waste-  
Strategie würde erheblich mehr Arbeitsplätze schaffen als Deponien und  
Müllverbrennungsanlagen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass in einer  
**Landesstrategie „Zero Waste“** zusammen mit Industrie, Kommunen,  
Entsorgungsverbänden und Umweltschutzorganisationen Vermeidungs- und  
420 Recyclingquoten festgelegt werden und eine landesweite Bedarfs- und Kapazitätsplanung  
für Abfallbeseitigungsanlagen erfolgt. Die Stoffströme von Rest- und Bioabfällen wollen wir  
optimieren. Mit einer **Autarkieverordnung** nach dem Vorbild Baden-Württembergs wollen wir  
festlegen, dass Müll aus Sachsen nur noch in den sächsischen  
Abfallbeseitigungsanlagen entsorgt werden darf und nicht mehr über die Landesgrenzen  
425 hinweg transportiert wird. Wir wollen Unternehmen, Initiativen und Kommunen, die  
Geschäftsmodelle zur Abfallvermeidung entwickeln, gezielt fördern. Der Freistaat soll sich  
auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Entsorgung von Siedlungsabfällen wieder  
vollständig durch die **Kommunen** erfolgen soll.

430 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine Landesstrategie „Zero Waste“,
- eine Autarkieverordnung, die festlegt, dass Müll aus Sachsen in Sachsen entsorgt wird,
- die kommunale Verantwortung für die Entsorgung von Siedlungsabfällen.

435

## **Nachhaltige und soziale Landwirtschaft – Konsequenter Tierschutz**

440 Wir wollen den ländlichen Raum stärken, indem wir die Land- und Forstwirtschaft als  
wichtigen Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber stärken. Eine nachhaltige Landnutzung steht im  
Einklang mit den Selbsterneuerungskräften der Natur, sichert Lebensräume für wildlebende  
Tier- und Pflanzenarten, vor allem aber Arbeit, Einkommen und Lebensqualität der  
Bewohner\*innen ländlicher Räume. Sie sichert außerdem die Herstellung von hochwertigen  
445 Lebensmitteln zur Versorgung der Bevölkerung.

Die Landwirtschaft sieht sich heute vielfach Kritik und Krisen ausgesetzt. Kritik macht sich  
fest am Einsatz von Ackergiften, an Nitratverseuchung von Grundwasser oder an  
tierquälerischen Haltungsformen. Zum anderen sehen sich Landwirt\*innen mit immer neuen  
450 Preis- und Existenzkrisen konfrontiert. Eine jahrzehntelange Entwicklung hat zu einer  
Landwirtschaft geführt, die immer mehr immer billiger produzieren soll und damit Natur,  
Böden und Nutztiere bis weit über die erträglichen Grenzen ausbeutet und damit dauerhaft  
auch zerstört.

455 Durch die Auflösung regionaler Wirtschaftskreisläufe werden Erzeuger\*innen immer  
abhängiger von Handelskonzernen, die die Preise bestimmen und nach unten drücken  
sowie von Preisschwankungen auf dem Weltmarkt. Gleichzeitig trifft diese Art der  
Landwirtschaft auf das gewachsene Bewusstsein der Verbraucher\*innen, die generell nicht  
auf Kosten einer ausgebeuteten Umwelt und gequälter Tiere leben wollen. In ihrer  
460 wirtschaftlichen Situation bedroht, geben vor allem kleinere Betriebe auf. An die Stelle von  
verantwortlich, in Generationen denkenden Bäuer\*innen treten zunehmend überregional  
oder gar international handelnde Kapitalgesellschaften, für die in erster Linie schneller  
Gewinn zählt. So schließt sich der Teufelskreislauf, der die bäuerliche Landwirtschaft  
bedroht. Derzeit kann die Landwirtschaft kaum ohne öffentliche Förderung leben. Damit  
465 zahlen die Bürger\*innen in hohem Maße mit ihren Steuergeldern für ein System, das nicht  
ihren Interessen entspricht. Gleichzeitig werden Landwirt\*innen zu Bittsteller\*innen gemacht.

470 Auch die Landwirtschaft hat Einfluss auf das Klima. Gleichzeitig ist sie von Klimaveränderungen besonders betroffen – mal durch langanhaltende Dürren, dann wieder durch Starkregen. Es ist klar: Unsere Umwelt, unsere Gesellschaft und die Landwirtschaft brauchen die Agrarwende.

### Strukturen der Landwirtschaft erneuern

475 Die heutigen Strukturen in der Landwirtschaft entsprechen weder den Interessen der Landwirtschaftsbetriebe, noch denen der Verbraucher\*innen oder den Belangen des Umwelt- und Naturschutzes. Der Umbau der intensiven Landwirtschaft in eine naturverträgliche und soziale Landwirtschaft ist notwendig und gemeinsam möglich.  
480 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen nicht nur auf den unbedingt notwendigen Ausbau der **Ökolandwirtschaft**, sondern auch auf **nachhaltigere Bewirtschaftung in konventionellen Betrieben**. Wir wollen eine umwelterhaltende Pflanzenproduktion, eine **artgerechte Tierhaltung** und wir wollen eine soziale Landwirtschaft, die ohne Selbstaussbeutung und Subventionen existieren kann. Das geht nur, wenn das Ziel nicht  
485 mehr darin besteht, immer mehr und immer billiger zu produzieren, sondern die Qualität in Produkt und Erzeugung in den Mittelpunkt gerückt wird. Den nötigen Strukturwandel in der Landwirtschaft können wir nur gemeinsam mit ihr erreichen.

Wir wollen die Wertschöpfungsketten in der sächsischen Landwirtschaft stärken, damit  
490 **regionale Wirtschaftskreisläufe** fördern und dafür sorgen, dass von den Endverkaufspreisen endlich mehr bei den Erzeuger\*innen landet. Dafür wollen wir die Landwirtschaft beim Ausbau **regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrategien** unterstützen. Die sächsische Landwirtschaft soll nicht mehr vor allem reiner Erzeuger von Rohstoffen, wie Getreide, Milch und Fleisch sein, die dann zu Weltmarktpreisen  
495 überregional gehandelt werden. Wir wollen, dass unsere Rohprodukte in Sachsen und in den Regionen weiterverarbeitet, also „veredelt“ werden. Denn hier findet die höchste Wertschöpfung statt. Genauso müssen regionale Vertriebswege ausgebaut werden, damit auch die Handelsgewinne in der Region und im Land bleiben. Neben den Vertriebswegen am Weltmarkt entstehen so neue wirtschaftliche Standbeine, die die Landwirtschaft  
500 unabhängiger von Weltmarktschwankungen macht.

**Der ökologische Landbau** sichert in besonderem Maße die zukünftige Lebensfähigkeit des Bodens, er ist das Vorbild zur Produktion hochwertiger Lebensmittel unter Einhaltung strenger Naturschutz- und Tierschutzkriterien und trägt zur Agrobiodiversität bei. Die große  
505 Nachfrage nach Bioprodukten kann jedoch durch die heimische Produktion nicht gedeckt werden, denn in Sachsen werden nur knapp sieben Prozent der Flächen ökologisch bewirtschaftet. Die Vergabep Praxis bei Agrarfördermitteln in Sachsen soll sich an ökologischen und sozialen Kriterien orientieren und insbesondere **Kreislauf- und Regionalwirtschaft stärken**. Wir setzen uns für eine verlässliche finanzielle Förderung bei  
510 der Umstellung auf **Ökolandwirtschaft** sowie mehr **Beratungsangebote zu regionaler Erzeugung**, Verarbeitung und Produktvermarktung ein. Dazu wollen wir GRÜNE ein **Kompetenzzentrum „Ökolandbau Sachsen“** schaffen.

Nachhaltige Strukturen in der Landwirtschaft bedeuten für uns GRÜNE auch, die **Vielfalt der Betriebsformen und Betriebsgrößen** zu erhalten und auszubauen. Hier wollen wir Familienbetriebe, Junglandwirt\*innen und Ökobetriebe besonders unterstützen, weil diese  
515 strukturbedingt besonders für regionale, generationengerechte Verantwortung und ökologische Produktionsweise stehen. Dennoch sehen wir auch die Agrargenossenschaften

520 und andere größere Betriebe, die für Sachsens Landwirtschaft aus historischen Gründen prägend sind und als Arbeitgeber Verantwortung tragen, als natürliche Partner\*innen für die gemeinsamen, unabhängig von Betriebsgrößen bestehenden Veränderungsinteressen. Unterstützen wollen wir auch neue innovative Konzepte wie das der Solidarischen Landwirtschaft. Die Zahl der Tiere, die Gewerbebetriebe halten dürfen, sollte von dem Nachweis der dafür notwendigen Flächen pro Großvieheinheit zur Futterproduktion und zur Verbringung von organischem Dünger abhängen.

530 Boden ist zum Spekulationsobjekt geworden. Niedrige Kapitalmarktzinsen, EU-Flächenprämien, Flächenfraß und weitere Gründe haben zu einer großen Nachfrage nach Landwirtschaftsflächen und damit zu einem starken Anstieg der Land- und Pachtpreise geführt. Branchenfremde, finanzkräftige Investor\*innen kaufen weltweit und zunehmend auch in Sachsen immer mehr Ackerland auf. Das wird zum Problem für alle Betriebsgründer\*innen sowie für alle Landwirtschaftsbetriebe, die auf Pachtflächen oder Flächen zu Betriebserweiterungen angewiesen sind. Daher fordern wir GRÜNE, den weiteren Ausverkauf an Kapitalgesellschaften und Nicht-Landwirt\*innen zu beenden. Wir wollen zugleich einen besseren Zugang zu **Ackerflächen für Familienbetriebe, Junglandwirt\*innen sowie Ökobetriebe** schaffen. Die Flächen des Freistaates sollen bevorzugt an Betriebe mit ökologischer Bewirtschaftung, für Hofgründungen und -erweiterungen oder als Ausgleich beispielsweise für Überflutungsflächen zum Hochwasserschutz weiter verpachtet werden. Wir werden uns für wirksame Instrumente einsetzen, die dafür sorgen, dass Jungbäuer\*innen und ökologisch wirtschaftende Landwirt\*innen Zugang zu Land bekommen.

545 Die bisherige Agrarförderung bevorzugt personalextensive Großbetriebe und sorgt nicht dafür, dass die Landwirtschaft bei dem anstehenden Wandel hin zu nachhaltigen Strukturen unterstützt und vorangebracht wird. Deshalb begrüßen wir die **deutlich verstärkte Bindung eines Teils der Fördergelder an ökologische Kriterien**. Bei den Flächenprämien wollen wir, eine größere Umverteilung weg von den Großbetrieben. Zugleich muss ein Verfahren gefunden werden, dass das von Großbetrieben geprägte Sachsen nicht netto weniger Agrarförderung erhält. Für uns ist auch die Zahl der Arbeitskräfte je Betrieb relevant. Wir wollen das Grundstücksverkehrsgesetz dahingehend ändern, dass branchenfremde Investor\*innen nicht uneingeschränkt landwirtschaftliche Flächen kaufen können.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 555 • die Unterstützung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrategien,
- die Stärkung der Kreislauf- und Regionalwirtschaft,
- eine verlässliche finanzielle Förderung bei der Umstellung auf Ökolandwirtschaft,
- mehr Beratungsangebote zu regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Produktvermarktung,
- 560 • ein Kompetenzzentrum „Ökolandbau Sachsen“,
- einen besseren Zugang zu Ackerflächen für Familienbetriebe, Junglandwirt\*innen und Ökobetriebe,
- die Ausrichtung der Agrarförderung an ökologischen und sozialen Kriterien.

565

### **Landwirtschaft im Einklang mit der Natur**

570 Intakte **Böden** mit einer guten Bodenstruktur, einer Vielzahl an Bodenlebewesen und einem hohen Humusgehalt sind die grundlegende Voraussetzung für die Sicherung unserer Ernährung und dafür, dass die Landwirtschaft selbst bei uns im Land eine Zukunft hat. Wir

wollen Schadstoffeinträge durch Leben tötende Ackergifte konsequent absenken und unseren wertvollen Boden vor Erosionen durch Wind und Regen sowie Flächenfraß durch Bauvorhaben schützen. Durch Maßnahmen wie das Anlegen von Hecken und die Wiederherstellung von Kleingewässern wollen wir Struktur und Vielfalt von Flächen verbessern.

Der zunehmende Einsatz von synthetischen Kunstdüngern und Ackergiften vernichtet Tier- und Pflanzenarten, belastet unser Grundwasser und gefährdet unsere Gesundheit. Das Verschwinden von Schmetterlingen, Bienen und anderen Insekten gefährdet auch die Landwirtschaft selbst: Ohne Insekten gibt es keine Bestäubung, ohne Bestäubung keine Erträge. Ohne Nützlinge gibt es keine natürlichen Gegenspieler für Schädlinge und damit kein natürliches Gleichgewicht. Ohne Insekten als Basis der Nahrungsketten gibt es keinen Artenerhalt. Manche Vogelarten wie das Rebhuhn sind bereits vom Aussterben bedroht, da sie keine Nahrung mehr finden. Mittlerweile sind sogar ehemalige Allerweltsarten wie der Star stark im Rückgang. Wir wollen die sächsischen Imker\*innen unterstützen, weil die Gesundheit starker, leistungsfähiger Bienenvölker eine große wirtschaftliche Bedeutung für die Landwirtschaft hat.

Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, die möglichst unabhängig von der Agrochemie nachhaltig mit den Kräften der Natur wirtschaftet, ohne diese zu zerstören. Die jahrzehntelange Abfolge beim Einsatz von Pestiziden – über die Einführung neuer Stoffe, den massenhaften Einsatz, das schrittweise Wirkungslos-Werden und den ökologischen Schaden, der den Nutzen überwiegt – kann nicht ewig fortgesetzt werden. Wir GRÜNE wollen, dass unsere Landwirtschaft aus dieser Sackgasse herauskommt. Als Zwischenziel wollen wir **bis 2030 den Pestizideinsatz in Sachsen mindestens halbieren**. Wir wollen den flächenhaften Einsatz von Herbiziden, Fungiziden, Insektiziden und Co. schnell zurückdrängen und setzen uns zum Schutz von Mensch und Umwelt für eine sofortige drastische Reduzierung von chemischen Pflanzenschutzmaßnahmen ein. Wir wollen, dass der Freistaat Sachsen sich dafür einsetzt, dass Ackergifte wie das vermutlich krebserregende Glyphosat und die bienen- und insektentötenden Neonicotinoide schnellstmöglich europaweit verboten werden.

Die industrielle Tierhaltung und der Einsatz synthetischer Kunstdünger machen die Landwirtschaft zu einem der wesentlichen Produzenten von CO<sub>2</sub>. Damit ist sie nicht nur durch den Klimawandel mit seinen Wetterextremen wie Dürre und Starkregen betroffen, sondern zugleich auch eine der entscheidenden Ursachen für den Klimawandel. Außerdem bedrohen die über die Düngung in den Boden und von dort ins Grundwasser und die Fließgewässer gelangenden Nitrateinträge die Gewässerlebensräume und unsere Trinkwasserversorgung. Ein Großteil der Überdüngung geht auf Gülleüberschüsse aus der industrialisierten Tierhaltung zurück, während bei bodengebundener Tierhaltung nur so viele Tiere gehalten werden, wie auch Land für Futtererzeugung und Gülleausbringung verfügbar ist. Landwirtschaft funktioniert auch mit wesentlich weniger Einsatz von Dünger und grundsätzlich als Kreislaufwirtschaft auch ganz ohne den Einsatz von energieabhängigen, synthetischen Kunstdüngern – das zeigen uns Sachsens Ökobetriebe seit Jahren.

Wir stehen für **gentechnikfreie Landwirtschaft in Sachsen**. Den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen lehnen wir ab. Denn der Anbau gentechnisch veränderter Kulturpflanzen ist mit unkalkulierbaren Risiken verbunden und macht die Landwirtschaft dauerhaft von den wenigen weltweit agierenden Chemie- und Saatgutkonzernen abhängig. Wir wollen, dass ihr Anbau in Sachsen dauerhaft ausgeschlossen bleibt und lehnen auch eine Züchtungsförderung von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren ab. Wir unterstützen Initiativen zu gentechnikfreien Regionen und wollen, dass Sachsen künftig eine Vorreiterrolle für eine gentechnikfreie Landwirtschaft einnimmt. Lebensmittel für Menschen

625 und Tiere, die unter Einsatz gentechnisch veränderter Organismen hergestellt wurden, müssen klar und deutlich gekennzeichnet sein. Wir wollen den Anbau einheimischer Eiweißfutterpflanzen wie Ackerbohne und Futtererbse wiederbeleben. Mit dem Anbau dieser heimischen Pflanzen können nicht nur Importe zurückgedrängt werden. Sie tragen zur Stickstoffanreicherung im Boden bei und bereichern die Fruchtfolgen.

630 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- den Schutz von Böden mit hohem Humusgehalt,
- die Eindämmung von Ackergiften und langfristig eine Landwirtschaft, die ohne Pestizide auskommt,
- die Förderung von Ökolandbau und konsequent bodengebundener Tierhaltung,
- 635 • Beratung der Landwirtschaftsbetriebe über den am Kreislaufgedanken orientierten Einsatz von Düngern,
- eine klare Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte und ein gentechnikfreies Sachsen.

640

### **Für einen neuen Umgang mit Tieren in der Landwirtschaft**

Wir GRÜNE wollen die Nutztierhaltung an die Bedürfnisse der Tiere anpassen. Wichtig für das Wohl der Tiere sind artgerechte Haltungsbedingungen. Tierfreundliche  
645 Haltungssysteme sowie innovative Technik zur Verbesserung des Tierwohls sollen in Sachsen vorangebracht werden. Deshalb wollen wir eine tierartgerechte und bedürfnisorientierte Nutztierhaltung fördern. Landwirtschaftsbetriebe unterstützen wir dabei, ihre Stallungen nach dem Motto „Mehr Platz pro Tier“ tiergerechter umzubauen. Wichtig ist uns die Förderung von **Stallumbauten**, die sich konsequent an Ökologie und  
650 Tiergesundheit orientieren. Dafür wollen wir ein staatlich anerkanntes Zertifikat einführen.

Die Haltungsformen sollen sich an den Bedürfnissen der Tiere und nicht an größtmöglicher Reduzierung von Kosten der Betriebe orientieren. Wir brauchen an der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Tiere orientierte Regeln für Bestandsobergrenzen, Besatzdichten und  
655 Platzangebote. Mit ausreichend Platz pro Tier und genügend Beschäftigungsmöglichkeiten sind Verhaltensauffälligkeiten im Sozialverhalten der Tiere vermeidbar. Gesunde Tiere bedeuten wiederum, dass auf den Einsatz von Antibiotika verzichtet werden kann.

Als nachhaltig verstehen wir eine bodengebundene Tierhaltung mit funktionierender Kreislaufwirtschaft, d. h. regional erzeugtes Futter statt globaler Futterimporte, betrieblicher Einsatz der Gülle statt Gülleexporte infolge von Nährstoffüberschüssen. Wir fordern ein Umdenken in der Tierzucht: Weg von Spitzenleistungen, Qualzuchten und Turbomast, hin zu Lebensleistung und Langlebigkeit! Wir wollen die öffentlichen Belange, wie  
660 Trinkwasserschutz, Gewässerschutz, Bodenschutz, Naturschutz und Tierschutz und das schnellere Wachstum des Ökolandbaus fördern, um die gewachsene Nachfrage nach Bioprodukten aus heimischer Produktion zu erfüllen.

Bei dem Transport und der Schlachtung sollen bestehende **Tierschutzvorschriften** strenger kontrolliert werden. Für den Bedarfsfall sind Notabladestellen vorrätig zu halten. Um  
670 **Transportzeiten** zu minimieren, brauchen wir kleinere, dezentrale Schlachthöfe, die die regionale Wirtschaftskraft stärken. Auch die Möglichkeit der hofnahen Schlachtung unterstützen wir. Wir sind gegen die langen Transporte von Schlachttieren in Drittländer und die damit einhergehenden tierschutzrechtswidrigen Zustände.

675 Tierquälerische Praktiken, wie das betäubungslose Kastrieren von Ferkeln sollen ohne weitere Übergangsfristen endlich verboten werden.

Wir GRÜNE wollen die **Weidetierhaltung fördern**, denn sie ist eine besonders tierartgerechte Form der Nutztierhaltung. Sie sorgt durch die extensive Bewirtschaftungsweise für die Offenhaltung der Kulturlandschaft und die Bewahrung seltener Tier- und Pflanzenarten. Die Unterstützung der Weidetierhalter\*innen ist somit nicht nur für die Landwirtschaft selbst von Bedeutung, sondern vor allem auch für den Naturschutz.

685 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Förderung von Stall(um)bauten, die sich konsequent an Ökologie und Tiergesundheit orientieren,
- das Ende tierquälerischer Praktiken,
- 690 • eine strengere Kontrolle von Tiertransporten und Schlachtungen,
- die Förderung der Weidetierhaltung.

### **Tiere konsequent schützen**

695

Artikel 10 der Sächsischen Landesverfassung verpflichtet den Freistaat zum Schutz der Umwelt und der Natur, aber auch der Tiere. Doch die Umsetzung scheitert in Sachsen an einem Vollzugsdefizit. Die Tiere haben keine Anwält\*innen. Wir wollen deshalb das **Verbandsklagerecht** für anerkannte Tierschutzverbände einführen. Die Verbandsklage stellt sicher, dass Planfeststellungen und Genehmigungen auf den Prüfstand unabhängiger Gerichte gestellt werden können, wenn die Verletzung tierschutzrechtlicher Vorschriften zu befürchten ist. Die Verbandsklage bewirkt außerdem, dass Entscheidungen der Veterinärbehörden über ein Einschreiten nicht nur aus der Sicht der Tierhalter\*innen und -nutzer\*innen, sondern auch aus der Sicht der Belange des Tierschutzes gerichtlich überprüfbar werden.

705

Eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft Tierschutz könnte sich um die Verfolgung von Agrarkriminalität, Gewalt an und Vernachlässigung von Tieren und anderen Strafanzeigen aus diesem Bereich kümmern. In der Landesdirektion und den 13 sächsischen Veterinärbehörden benötigen wir **mehr Personalstellen** und eine verbesserte Qualifikation. Gleichzeitig bedarf es aus den Behörden gegenüber der Bevölkerung einer größeren Transparenz, dies soll durch ein Informationsfreiheitsgesetz gewährleistet werden. Wir wollen das Amt einer\*eines **Landestierschutzbeauftragte\*n**, die\*der beim Landtag angesiedelt ist, mit einer eigenen Stabsstelle Tierschutz schaffen. Die Entscheidung über Kontrollen und die Ahndung von Verstößen im Bereich Tierschutz soll nicht auf kommunaler Ebene, sondern auf Landesebene getroffen werden, um die Distanz zwischen Kontrollierendem und Kontrolliertem zu vergrößern. Diese neue einzurichtende Kontrollbehörde sollte unter anderem mit Tierärzt\*innen und Jurist\*innen besetzt werden.

710

715

720 Immer wieder werden Tiere ausgesetzt oder in Tierheimen abgegeben. **Tierheime** sind zunehmend in Ihrer Existenz gefährdet. Wir unterstützen die Arbeit von Tierheimen, Tierauffangstationen und Gnadenhöfen und setzen uns für ihre auskömmliche Finanzierung ein. Neben Kosten für Futtermittel, Tierbehandlungen und bauliche Sanierungen wollen wir Personalkosten fördern.

725

Wir GRÜNE wollen zusammen mit allen betroffenen Interessengruppen eine **Nutztierstrategie** mit dem Ziel der Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden der Tiere. Wir wollen alte Nutztierassen, die sich durch eine hohe Krankheitsresistenz auszeichnen, bzw. Rassen, die nicht einseitig auf bestimmte Leistungsmerkmale gezüchtet werden, erhalten. Darin sehen wir auch Potenziale für mehr regionale Wertschöpfung.

In manchen Regionen Sachsens gibt es Wildtierstationen, in anderen nicht. Der Wildtierschutz muss landesweit koordiniert werden. Dafür braucht es ein **landesweites Netz von Wildtierstationen**, die zusammenarbeiten und dafür vom Freistaat gefördert werden. Die medizinische Versorgung der Wildtiere sollte an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig angesiedelt werden.

Wir benötigen einen sachbezogenen Umgang mit Tierseuchen. Weder die Vogelgrippe rechtfertigt, alle Vögel einzusperren, noch die Afrikanische Schweinepest, die Wildschweinjagd per Jagdgesetzänderung zum Massaker werden zu lassen. Das **Landesjagdgesetz** als solches benötigt unter anderem eine Modernisierung hin zu zeitgemäßen Jagdmethoden, einer Reduktion der jagdbaren Arten, ein Verbot der Bleimunition, ein Verbot der Fallenjagd sowie der Ausbildung am lebenden Tier. Wir GRÜNE bekennen uns zum **Schutz des Wolfes** als einheimische Art und wollen nicht, dass er dem Jagdrecht unterliegt. Abschüsse dürfen nur das letzte Mittel sein. Die Präventionsmaßnahmen der Weidetierhalter\*innen müssen vollständig durch den Freistaat Sachsen finanziert werden und der Schadensausgleich gewährleistet sein.

In mehreren sächsischen Städten und Kreisen beschlossen in den letzten Jahren die gewählten Vertreter\*innen auf Wunsch der Bürger\*innen, kommunale Flächen nicht an Zirkusse zu vergeben. Wildtiere im Zirkus sind ein Sicherheitsrisiko – insbesondere für Kinder. Oft werden Wildtiere in Zirkussen schlecht gehalten und verletzt. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die städtischen Gemeinden ihr **Selbstbestimmungsrecht über kommunale Flächen** wahrnehmen können. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass Sachsen auf Bundesebene ein Wildtierverbot für Zirkusse unterstützt.

Tierschutz braucht einen festen Platz in der Lehrer\*innenausbildung und in den Lehrplänen der Fächer Sachunterricht, Biologie, Gemeinschaftskunde sowie thematisch eingebunden in alle anderen Fächer, sei es als Textinterpretation im Deutschunterricht oder als Übersetzung im Sprachunterricht. Alle Landeseinrichtungen sollen regionales und ökologisches Essen anbieten und auch ein vollwertiges veganes Angebot führen. Wir wollen eine gezielte **Förderung tierversuchsfreier Forschung** in der Medizin und Biologie sowie den vollständigen Verzicht auf Tierverbrauch in der Ausbildung.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände,
- mehr Personalstellen in den Veterinärbehörden,
- eine\*n Landestierschutzbeauftragte\*n und eine unabhängige landkreisübergreifende Kontrollbehörde,
- eine ausreichende und stabile Finanzierung der Tierheime,
- eine Strategie zum Erhalt alter Nutztierassen,
- die Förderung tierversuchsfreier Forschung.

**Konsequenter Klimaschutz ist notwendig**

Der von uns Menschen verursachte Klimawandel ist heute die größte Bedrohung für unsere Zivilisation. Vor dieser Tatsache darf auch die Landespolitik nicht die Augen verschließen, sondern sie muss handeln! Sachsen kann sich nicht vom Rest der Welt abkoppeln – auch unser Bundesland ist vom Klimawandel betroffen. Das haben die zurückliegenden Hitzesommer und Dürreperioden bewiesen – mit all ihren negativen Folgen: Todesfälle und gesundheitliche Belastungen, insbesondere für Kinder und ältere Menschen; Ernteauffälle und steigende Lebensmittelpreise. Der Klimawandel ist längst da, und wir brauchen eine Doppelstrategie, um mit ihm umzugehen: Anpassung an die Klimawandelfolgen, aber auch Maßnahmen, die den Klimawandel bremsen und auf sehr lange Sicht aufhalten.

Sachsen ist aber nicht nur betroffen, sondern auch verantwortlich. Mit der Art und Weise, wie wir leben, produzieren und unterwegs sind, beeinflussen wir das Klima auf unserem Planeten. Besondere Bedeutung kommt dabei unserer Energieerzeugung zu. Die Nutzung von Energie aus Braunkohle ist extrem klimaschädlich und muss so schnell wie möglich beendet werden! Die Alternative sind die Erneuerbaren Energien, die massiv vorangebracht werden müssen. Außerdem müssen wir alle Möglichkeiten nutzen, Energie effizient einzusetzen oder einzusparen. Wir brauchen aber auch eine Verkehrswende hin zu klimafreundlicher Mobilität und eine Agrarwende, die die Landwirtschaft nachhaltig gestaltet. Schließlich darf die Wirtschaftspolitik nicht auf bloßes Wachstum ausgerichtet sein, sondern sie muss ökologische Nachhaltigkeit und gute Arbeit für alle zum Ziel haben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Partei des Klimaschutzes und der Energiewende, der Verkehrswende und der Agrarwende. Es braucht eine starke Stimme für den Klimaschutz in einer Zeit, in der Lobbyist\*innen der fossilen Energien und Ideolog\*innen, die Lügenkampagnen gegen die Erkenntnisse der Wissenschaft fahren, glattweg leugnen, dass es den menschengemachten Klimawandel überhaupt gibt. Diesen verantwortungslosen Kräften stellen wir GRÜNE uns entschieden entgegen.

805

### **Neue Energie für Sachsen – Energiewende umsetzen**

Die Energiewende ist der Übergang von der fossil-nuklearen Energieversorgung des vergangenen Jahrhunderts zu einer modernen, zukunftssicheren und auf Dauer bezahlbaren Energieversorgung auf Basis unerschöpflicher, sauberer und erneuerbarer Energien.

Es ist höchste Zeit, endlich auch in Sachsen auf die Energiewende zu setzen. Gleichzeitig muss sie endlich auch zur Klimawende werden. Indem wir die Barrieren überwinden, die das bisher verhindert haben, schaffen wir wichtige Voraussetzungen für eine gerechte, nachhaltige, postfossile Gesellschaft. Dies ist eine große Aufgabe, aber auch eine gewaltige Entwicklungschance für Sachsen. Verschwendung von Zeit und Ressourcen, Fehlsteuerung bis hin zur politischen Blockade – das große Generationenprojekt Energiewende wird heute denkbar schlecht umgesetzt.

Wir GRÜNE stehen für den energiepolitischen Paradigmenwechsel, denn Klimaschutzziele zwingen zur vollständigen Dekarbonisierung, also den Verzicht auf Formen der Energiegewinnung, die auf der Freisetzung des klimaschädlichen Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) beruhen – und zwar in allen Bereichen: Über den Strom- und Wärmesektor, den Verkehr, die Landwirtschaft bis hin zur Kunststoffproduktion. Deshalb kämpfen wir auf Bundes- und Landesebene für die notwendigen Rahmenbedingungen, damit 100 Prozent im Strombereich im Zusammenhang mit dem nationalen Kohleausstieg bis 2030 Realität werden können. Bis 2040 streben wir das auch im Gebäude- und Wärmebereich an. Das ist

830 bei voller Versorgungssicherheit machbar und nicht teurer als die herkömmliche Energieversorgung. Im Gegenteil: Sonne und Wind sind auch hier bei uns in den letzten Jahren zu den kostengünstigsten Energiequellen geworden. Nur wenn deren Anteil rasch ausgebaut wird, gibt es dauerhaft bezahlbare Energiepreise für alle.

835 Die erneuerbaren Energien sind für uns die Basis des künftigen sächsischen Energiemixes. Flexible, hocheffiziente Gaskraftwerke, wann immer möglich mit Kraft-Wärme-Kopplung, ergänzen die Energie aus Sonne und Wind und bilden eine Brücke in diese Zukunft.

840 Um die in Sachsen bestehende politische Blockade der Energiewende zu beenden, wollen wir das Thema erneuerbare Energien in der Landesplanung vom Kopf auf die Füße stellen: Während die bisherigen Staatsregierungen vor allem nach Gründen suchten, mit denen sich Ausbaupotenziale begrenzen ließen, packen wir das Thema vom zu erreichenden Ziel aus an. Mit dem Pariser Klimaschutzabkommen als Basis kann das Ziel auch in Sachsen nur die vollständige Dekarbonisierung aller Sektoren und damit eine nachhaltige Vollversorgung mit erneuerbaren Energien sein. Wir wollen einen Pfad dorthin, der über verbindliche Zwischenziele führt. Die Landesplanung muss diese Ziele vorgeben und Wege dorthin beschreiben.

850 Wir wollen mehr Demokratie und Transparenz, insbesondere wenn es um so entscheidende planerische Rahmenbedingungen wie Energie- und Klimaziele geht. Dazu wollen wir das Landesplanungsgesetz novellieren: Wichtige Rahmensetzungen mit langfristiger Reichweite wie etwa im Energie- und Klimaprogramm müssen im Landtag statt wie bisher nur in Kabinettsrunden beraten und beschlossen werden.

855 Klimaschutz und Naturschutz stehen für uns nicht im Widerspruch, denn Klimaschutz ist auch global wirkender Umwelt- und Naturschutz. Naturschutz wiederum hat unmittelbar eine Klimaschutzfunktion, beispielsweise durch den Schutz der Wälder und der Moore. Naturschutzmaßnahmen sind unverzichtbar, um die Anpassungsfähigkeit des Ökosystems an die Bedingungen der bereits stattfindenden Klimaerhitzung zu stabilisieren. Wir müssen Gesellschaft und Umwelt vor den Folgen der bereits durch die Emissionen von gestern ausgelösten rasanten und bedrohlichen Klimaveränderungen schützen. Für uns GRÜNE ist es entscheidend, dass die notwendigen Klimawandelanpassungsmaßnahmen selbst nachhaltig und ökologisch geplant und umgesetzt werden. Wir sind uns des Umstandes bewusst, dass konkrete Klimaschutzmaßnahmen das Potenzial für Zielkonflikte mit dem Naturschutz in sich bergen. Eine sorgfältige Abwägung zwischen den Zielen Klimaschutz und Naturschutz ist für uns zwingend geboten.

870 Extreme Hitze und Trockenheit haben gezeigt: Klimawandelanpassung ist bereits heute eine Gesundheitsfrage. Wir wollen eine bessere Vorbereitung auf Extremwetterlagen. Insbesondere für ältere Menschen und kleine Kinder brauchen wir im Freistaat Sachsen Notfallpläne. Wir müssen schnell handlungsfähig sein, um ihnen zum Beispiel bei starker Hitze helfen zu können. Weiterhin bedarf es einer regelmäßigen Fortschreibung der Vorsorgeplanung zur Bewältigung von Extremwetterereignissen und Großschadenslagen unter Berücksichtigung der veränderten Wahrscheinlichkeiten und Bedingungen.

875

### **Wir stehen zur Nutzung der Windenergie**

880 Wir wollen eine **Servicestelle Windenergie**, die vorzugsweise bei der Sächsischen Energieagentur (SAENA) angesiedelt wird, schaffen. Als neutrale Akteurin soll sie beraten

und mittels eines Qualitätssiegels „Faire Windenergie“ für Anwohner\*innen und Kommunen deutliche Verbesserungen bei Planungsprozessen und Beteiligungsmöglichkeiten erreichen.

885 Für eine saubere Energieversorgung in Sachsen werden neue Eignungs- und Vorranggebiete für Windenergienutzung gebraucht. GRÜNES Ziel ist es, ein bis zwei Prozent der **Landesfläche als Windenergiefläche** auszuweisen. Dabei müssen Siedlungsabstandsflächen beachtet und in transparenten Planungs- und Genehmigungsverfahren unter Beteiligung der betroffenen Bürger\*innen und Gemeinden für jedes einzelne Projekt bestmögliche Lösungen im Ausgleich aller Interessen gesucht werden.  
890

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen zuverlässige Rahmenbedingungen für den **landschafts- und naturverträglichen Ausbau der Windenergie** schaffen. Dazu gehört selbstverständlich, Taburäume zum Schutz von Natur und Landschaft, wie  
895 Naturschutzgebiete, Nationalparks und Natura-2000-Gebiete zu definieren. Auch die Belange des Artenschutzes sind zwingend zu berücksichtigen. Wir halten die Errichtung von Windenergieanlagen in Wäldern aus Naturschutzgründen für nicht zielführend. Darüber hinaus führen solche Anlagen zu einem entscheidenden Akzeptanzproblem bei Bürger\*innen. Wir wollen bei Zielkonflikten nachhaltige gesellschaftliche Lösungen  
900 erreichen, statt nur Konflikte auf eine andere Ebene zu verlagern.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Schaffung einer Servicestelle Windenergie, die Bürger\*innen und Gemeinden berät,  
905
- die Ausweisung von bis zu zwei Prozent der Landesfläche als Windenergiefläche,
- einen menschen- und naturverträglichen Ausbau der Windenergie.

### 910 **Beteiligung ermöglichen – Chancen nutzen – Akzeptanz schaffen**

Das bisherige Regierungshandeln in Sachsen hat der **Akzeptanz** erneuerbarer Energien schweren Schaden zugefügt. Wir GRÜNE haben bestehende Zielkonflikte insbesondere beim Ausbau der Windenergie im Blick. Wir denken Umwelt- und Naturschutz sowie  
915 Klimaschutz zusammen mit nachhaltiger Energieversorgung und sozialer Gerechtigkeit. Sie dürfen nicht gegeneinander instrumentalisiert werden.

Ob bei den erneuerbaren Energien oder beim Netzausbau: gesellschaftliche Akzeptanz ist eine für das Gelingen der Energiewende entscheidende Ressource. Wir setzen uns dafür  
920 ein, Bürger\*innen und Gemeinden im Planungsrecht und bei Genehmigungsverfahren frühzeitig zu **beteiligen**. In Konflikten muss der Freistaat die **Moderation** zwischen Energieanlagenbetreiber\*innen, Behörden und Anwohner\*innen organisieren.

Die Energiewende öffnet vielfältige Möglichkeiten zum eigenen Engagement: Bürger\*innen werden von Stromverbraucher\*innen zu Stromproduzent\*innen, Kommunen nehmen ihre Netze und ihre Energieversorgung in die eigenen Hände, Mieter\*innen und Vermieter\*innen gewinnen gemeinsam mit intelligenten Quartierslösungen. Die Energiewende schafft neue Chancen für Teilhabe und Mitwirkung. Die jahrzehntelange, dominante Macht der großen Energieversorger schrumpft. Allein das ist bereits ein großer Gewinn für Transparenz und demokratische Prozesse in der Gesellschaft. Wir wollen mehr **Bürger\*innenenergie**. Wir  
930 setzen uns dafür ein, bestehende gesetzliche Barrieren für Bürger\*innenenergie, Mieterstrom und Eigenversorgung im Bereich der kleinen und mittelständischen Wirtschaft

935 abzubauen. Wir unterstützen Initiativen, die **dezentrale Energiewende-Lösungen** auf kommunaler Ebene, auf Ebene von Bürger\*innengenossenschaften und von Immobilienbesitzer\*innen vorantreiben. Wir unterstützen auch die intelligente Verknüpfung dieser dezentralen Lösungen untereinander bzw. mit anderen Sektoren.

940 Städte und Gemeinden müssen bei der **Rekommunalisierung** der Energieversorgung, der Gründung eigener Stadtwerke oder regionaler Energiedienstleistungsunternehmen, unterstützt werden. Kommunale Energieversorger leisten einen wichtigen Beitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge. Wir wollen ihnen dabei Chancen für **neue Geschäftsmodelle** öffnen und bestehende Barrieren, die aus einer vor allem auf die großen Energiekonzerne ausgerichteten Gesetzgebung resultieren, abbauen.

945 Für innovative Unternehmen und kreative Wissenschaft eröffnet die globale Energiewende immense Chancen. Ob in der Entwicklung und Produktion von Anlagen und Ausrüstungen für die neuen Industrien, in der Herstellung von Komponenten und Systemen, in der Entwicklung und Umsetzung intelligenter Lösungen für Vernetzung, Daten- und Energieaustausch. Wir wollen, dass Wirtschaft und Wissenschaft in Sachsen dabei ihre  
950 Chancen bestmöglich nutzen können. Das „Land der Ingenieur\*innen“ hat das Potenzial, die Energiewende nicht nur hier in Sachsen, sondern auch weltweit zum Nutzen der eigenen Wirtschaft und zum Nutzen für den globalen Klimaschutz voranzubringen. Deshalb wollen wir **Forschung und Entwicklung** zu Klimaschutz und Energiewende in besonderer Weise fördern.

955 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine aktive Rolle des Freistaates bei der Vermittlung zwischen Energieversorgern und Bürger\*innen,
- 960 • die staatliche Unterstützung von Bürger\*innenenergie und dezentraler Energieversorgung,
- die Förderung der Rekommunalisierung der Energieversorgung und neuer Geschäftsmodelle,
- die Förderung von Forschung und Entwicklung zu Klimaschutz und Energiewende.

965

### **Bremserrolle Sachsens im Bund beenden**

970 Sachsen gehört auch auf Bundesebene endlich an die Seite der Bundesländer, die Klimaschutz und Energiewende voranbringen wollen. Wir wollen, dass Sachsen dazu auf Bundesebene Initiativen ergreift und unterstützt, unter anderem für eine Vereinfachung der Grünstromvermarktung und für eine bundeseinheitliche Regelung, mit der Kommunen von Windenergieanlagen in ihrer Nachbarschaft profitieren können.

975 Wir wollen, dass auch im Energiebereich Preise die ökologische Wahrheit sagen. Wir machen uns für eine energiewendetaugliche und sozial gerechte Reformierung des Systems von Energiesteuern und -abgaben, für einen nationalen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis sowie für einen bestmöglichen Schutz von Umwelt und Gesundheit vor schädlichen und gefährlichen Emissionen stark.

980

Wir wollen, dass Sachsen im Bund die **Novellierung des Bergrechts** unterstützt. Es darf keine Planfeststellungsverfahren für Tagebauerweiterungen mehr geben. Zwangsweise Grundabtretungsverfahren für Braunkohletagebaue sind auszuschließen. Für von Bergschäden Betroffene muss eine Beweislastumkehr eingeführt werden. Angesichts der

985 immensen Folgekosten der Braunkohle für die Allgemeinheit und angesichts der  
Milliardengewinne, die Braunkohlebergbau und -verstromung in den letzten Jahrzehnten in  
die Taschen der Aktionär\*innen gespült haben, ist für uns die Sicherstellung der  
verursachergerechten Folgekostenfinanzierung nicht nur ein Schutz öffentlicher Haushalte.  
990 Sie stellt eine wichtige Gerechtigkeitsfrage – auch zwischen den Generationen – dar. Wir  
kämpfen dafür, so schnell wie möglich vollumfängliche Sicherheitsleistungen für die Kosten  
der späteren Wiedernutzbarmachung von den Tagebaubetreibern einzufordern. Diese  
Sicherheitsleistungen müssen obligatorisch werden und insolvenzsicher sein. Sie dürfen  
nicht von künftigen Profiten dieser Unternehmen abhängig gemacht werden, sondern sind  
995 auf der Basis der Vermögenswerte von Unternehmen und Eigentümer\*innen sofort zu  
leisten.

Angesichts des bevorstehenden Kohleausstiegs und der unübersichtlichen  
Eigentümer\*innen- und Haftungssituation verlassen wir uns nicht auf die  
Tagebaubetreiber\*innen. Wir wollen, dass Sachsen sich mit **unabhängigen Gutachten** und  
1000 Stresstests zu den Geschäftsmodellen einen eigenen Überblick über die Risikosituation  
verschafft. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, geeignete und verursachergerechte  
Finanzierungsinstrumente für die zu erwartenden Ewigkeitslasten des aktiven  
Braunkohlebergbaus zu entwickeln. Auf dem Weg zu einer Beweislastumkehr für Tagebau-  
Bergschäden im Zuge einer angestrebten Bergrechtsnovellierung wollen wir eine  
1005 **Landesinformationstelle Bergbau** einrichten, die von Bergschäden betroffenen  
Bürger\*innen für Information und Schlichtung zur Seite steht.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1010
- die Unterstützung Sachsens für ein novelliertes Bergrecht im Bund,
  - unabhängige Gutachten über die Geschäftsmodelle der Tagebaubetreibern,
  - eine Landesinformationsstelle Bergbau für von Bergschäden betroffene  
Bürger\*innen.

1015

### **Der Kohleausstieg ist Realität – höchste Zeit zum Handeln**

Angesichts der Kohleausstiegsdebatte im Bund wird es höchste Zeit, dass Sachsen einen  
eigenen Plan für einen selbstbestimmten **Kohleausstiegspfad** entwickelt, der mit  
1020 Tagebauverkleinerungen einhergeht. Denn seit dem Pariser Klimaschutzabkommen ist klar,  
dass der größte Teil der bereits für den Abbau genehmigten Braunkohle nicht mehr  
verbrannt werden darf. Der hinter dem Abkommen stehende Ansatz eines CO<sub>2</sub>-Budgets ist  
von zentraler Bedeutung, denn er besagt, dass wir durch den raschen Abbau von CO<sub>2</sub>-  
Emissionen den Spielraum gewinnen, den wir für die Entwicklung von Lösungen für die  
1025 späteren, schwierigeren Phasen der Dekarbonisierung brauchen. Die ersten Schritte  
müssen schnell kommen und es müssen große Schritte sein. Sie müssen Sachsen  
unumkehrbar und rasch auf den Weg ins Zeitalter nach der Braunkohle bringen.

Wir GRÜNE schließen neue Tagebauerweiterungen in Sachsen in der Landesplanung aus.  
1030 Mit uns wird es **keine neuen Rahmenbetriebspläne** mehr geben, die weitere Abbaufelder  
vorsehen oder gar weitere sächsische Dörfer bedrohen.

Wir stellen uns gegen jeden Versuch, klimapolitische Taschenspielertricks mit der  
„stofflichen Nutzung der Braunkohle“ zur Offenhaltung von Braunkohletagebauen und zur  
1035 planerischen Fortsetzung von Braunkohlestrategien unter Umgehung von Energiewende  
und Kohleausstieg zu nutzen. Jede Tonne fossiler Kohlenstoff aus der Braunkohle landet

am Ende in Form von zusätzlichem CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre – egal, ob er zwischendurch mal Kraftstoff oder Plastik war. Wir stemmen uns dagegen, **Strukturwandelfördermittel**, die für nachhaltige Strukturentwicklung dringend gebraucht werden, in solche Sackgassen der alten Kohlewirtschaft zu stecken.

Der seit Jahren immer wieder vom Sächsischen Rechnungshof kritisierte Verzicht des Freistaates auf die Erhebung der möglichen **Wasserentnahmeabgabe** sowie von **Förder- und Feldesabgaben** von Bergbauunternehmen muss der Vergangenheit angehören. Auch das ist für uns ein Beitrag zur ehrlichen Bepreisung des ökologischen Fußabdrucks.

Es ist fatal, dass der Freistaat Sachsen heute gegen schärfere EU-Grenzwerte für die gefährlichsten Luftschadstoffe wie Quecksilber und Stickoxide klagt, um den zu schmutzigen Braunkohlekraftwerken Nachrüstungskosten zu ersparen. Auch der Freistaat Sachsen muss den bestmöglichen Schutz von Leben, Gesundheit und Umwelt anstreben und sich deshalb aus dieser Klage zurückziehen und das Wirksamwerden der neuen Grenzwerte im nationalen **Immissionsschutzrecht** unterstützen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- einen sächsischen Kohleausstiegspfad und den Verzicht auf weitere Tagebauerweiterungen,
- die sachgerechte Verwendung von Fördermitteln für den Strukturwandel,
- die Erhebung einer Wasserentnahmeabgabe und von Förder- und Feldesabgaben bei Tagebaubetreiber\*innen,
- Sachsens Einsatz für ein Immissionsschutzrecht auf Bundesebene.

### **Kommunaler Kohleausstieg – Divestment – Energiewende im Wärmebereich**

Der Ausstieg aus der Braunkohle findet auch auf kommunaler Ebene statt. Wir unterstützen alle kommunalen Initiativen, die die Lösung bestehender Abhängigkeiten von Braunkohlekraftwerken zum Ziel haben. Die vielfältigen Abhängigkeiten von der Braunkohleindustrie – von kommunaler Wärmeversorgung über Zulieferungen und Dienstleistungen der regionalen Wirtschaft bis zu Abhängigkeiten in der Kommunalfinanzierung – gilt es strategisch in einer Weise aufzulösen, die nachhaltig Versorgungssicherheit schafft sowie Bezahlbarkeit und Arbeitsplätze sichert. Wir sehen das als wichtigen kommunalen Beitrag zum Klimaschutz, vor allem aber auch als eine Vorsorgestrategie für die eigene Wärmeversorgung und für die Planungssicherheit im Investitionsbereich. Nur durch rechtzeitiges Agieren beim Kohleausstieg lässt sich vermeiden, eines Tages ungeplant auf Veränderungen reagieren zu müssen.

Wir GRÜNE wollen Kommunen bei der Erarbeitung von Planungen und Strategien für die kommunale Energiewende im Wärmebereich unterstützen. Voraussetzung für die Umstellung auf erneuerbare Quellen ist eine **intelligente Vernetzung** der bestehenden Infrastruktur. Neue und modernisierte bestehende Fernwärmenetze und das Gasnetz bieten erhebliche **Speicheroptionen** für die Aufnahme von Energie aus Wind, Sonne und vieler Abwärmequellen. Stromgeführte Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung können in Zeiten geringer Sonnen- und Windleistung einspringen. Eine **Vielzahl dezentraler Erzeugungsoptionen** im Mix von Solarthermie, Wärmepumpen, Brennstoffzellen, Biogas usw. in Verbindung mit Speichern und Energieeinsparungen kann sowohl autark in Gebäuden als auch netzgekoppelt für Flexibilität und Sicherheit sorgen.

1090 Wir wollen ein **Landesförderprogramm „Grüne Kommunen“** für Maßnahmen zur  
Abkühlung von Städten und bessere Luft für uns alle. Durch die Begrünung von Fassaden,  
Dächern und auf großen Betonflächen kann die Temperatur gesenkt werden. Mehr  
Trinkbrunnen dienen dem Gesundheitsschutz. Wir brauchen zudem dringend mehr Bäume  
in der Nähe unserer Straßen, um eine bessere Sauerstoffproduktion zu ermöglichen. Alte  
1095 Bäume müssen wieder per Gesetz geschützt werden. Schließlich ist es wichtig, die  
Flächenversiegelung einzudämmen.

1100 Neben dem Kampf für die Energie-, Wärme- und Mobilitätswende, für eine umwelt- und  
damit klimafreundliche Landwirtschaft, für eine ressourceneffiziente Industrie spielt das  
Thema **Divestment** (der Abzug finanzieller Einlagen aus klimaschädlichen Unternehmen  
und das Investieren dieser Gelder in klimafreundliche Geschäftsgrundlagen) eine immer  
wichtigere Rolle. Wir GRÜNE wollen Divestment-Initiativen unterstützen, weil diese  
Klimaschutz „von unten“ bedeuten und gleichzeitig die Absicherung von Kommunalfinzen  
gewährleisten. Wir wollen Transparenz zu öffentlichen Finanzanlagen, Beteiligungen und  
Anlagerichtlinien erreichen und Divestment-konforme Anlagerichtlinien entwickeln. Wo  
1105 bestehende öffentliche Investitionen, Beteiligungen und Finanzanlagen mit den geänderten  
Richtlinien kollidieren, muss das Geld aus den fossilen Geschäftsbereichen abgezogen  
werden und in nachhaltige Beteiligungsmöglichkeiten, Fonds etc. umgeschichtet werden.  
Wir setzen uns auch dafür ein, Richtlinien und Grundsätze für Investition und Anlage  
öffentlicher Mittel über klimapolitische Grundsätze hinaus zu erweitern, um weitere wichtige  
1110 ethische Grundsätze zu verfolgen. Dazu gehört der Ausschluss der Finanzierung von  
Geschäftstätigkeit, die beispielsweise mit Kinderarbeit, gentechnisch veränderten Pflanzen,  
Tierversuchen für Kosmetika, Bestechung/Korruption und Compliance-Verstößen  
verbunden ist.

1115 Mit einem **Landesprogramm für energetische Sanierungen** soll der Einsatz  
energiesparender Technologie beschleunigt werden, um den Verbraucher\*innen  
perspektivisch Alternativen zur Ölheizung zu bieten. Der Freistaat kann mit einem  
Förderprogramm den Einbau von moderner Technologie beschleunigen, die die Emissionen  
mindert und den Geldbeutel der Menschen schont.

1120 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- Unterstützung für die Kommunen beim Kohleausstieg,
- ein Landesprogramm „Grüne Kommunen“, mit dem Maßnahmen zur
- 1125 Klimawandelanpassung gefördert werden,
- eine Divestment-Strategie für den Freistaat und die Kommunen,
- ein Landesprogramm für energetische Sanierungen.

### 1130 **Netzausbau und Speicherstrategie**

Netze sind eine wichtige Voraussetzung für eine kosteneffiziente Transformation der  
Energieversorgung. Netze ermöglichen räumlichen Ausgleich zwischen Erzeugung und  
Nachfrage und sie sind eine Voraussetzung für erfolgreiche Sektorenkopplung. Wir wollen  
1135 einen **Landesplan**, der die Stromnetzausbauplanungen sammelt und damit frühzeitig  
Transparenz zur Notwendigkeit von Netzausbaumaßnahmen herstellt. Maßnahmen zur  
intelligenten Ausnutzung vorhandener Übertragungskapazitäten müssen vorrangig  
erwogen werden.

1140 **Erdkabel** stellen für uns die Regelalternative zu Freileitungen dar. In Natura-2000-Gebieten, in Naturschutzgebieten sowie in Nationalparks sollen vor dem Verlegen von Erdkabeln oder Freileitungen Alternativen- und Verträglichkeitsprüfungen erfolgen. Bei Hochspannungsfreileitungen und Mittelspannungsmasten ist der Vogelschutz sicherzustellen.

1145 Sachsen muss sich auf Bundesebene für eine faire Kostenverteilung beim innerdeutschen Netzausbau einsetzen. Bei der Festlegung der Netzentgelte, die in der Verantwortung der Regulierungsbehörde des Freistaates stehen, fordern wir mehr Transparenz und Kontrolle.

1150 Die Energiewende bewirkt im System der Energieversorgung grundsätzliche Veränderungen bei Erzeugung, Nachfrage und Eigentümer\*innenstruktur. Der zeitliche Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch erfolgt durch einen Mix an flexibler Erzeugung aus gesicherter Leistung, durch flexibilisierte Nachfrage und durch Speicher. Schlüssel für das Funktionieren dieser beiden Ebenen ist eine zusätzliche Ebene des Datenaustausches im Zuge der **Digitalisierung** in der Energiewende.

1155 Wir packen die Energiewende in gemeinsamer Entwicklung all dieser Ebenen an. Kriterien sind Klimaschutz und Ökologie, Versorgungssicherheit und ein volkswirtschaftlich möglichst kostengünstiger Pfad. Die notwendigen Speicher-, Flexibilisierungs- und Digitalisierungslösungen im Bereich von Strom, Wärme und erneuerbaren Gasen wollen wir unter Berücksichtigung dieser Kriterien fördern.

1160 Wir wollen bereits heute die Speicherlösungen für morgen entwickeln und deren Erprobung im Reallabor der Energiewende fördern. Nur so lässt sich die nötige Anwendungsreife und Kosteneffizienz sicherstellen. Die Verfügbarkeit von Netzen, Speichern und industriellen Aktivitäten im Gasbereich schafft in Sachsen gute Voraussetzung für Power-to-Gas-Lösungen, beispielsweise auf Basis von „grünem“ (d. h. nicht auf der Basis fossiler Energieträger produziertem) Wasserstoff. In deren Kopplungsfähigkeit mit der Entwicklung einer grünen, treibhausgasneutralen Chemie und neuen Ansätzen der Bioökonomie sehen wir ein Chancenportfolio für Sachsen, das wir gezielt voranbringen wollen. Wir stellen uns gegen den Versuch, solche Entwicklungen zur Verlängerung von Kohlegeschäftsmodellen zu instrumentalisieren.

1170 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1175
- einen Landesplan über Stromnetzausbauplanungen, der Transparenz über die Notwendigkeit von Netzausbaumaßnahmen herstellt,
  - Erdkabel als Regelalternative zu Freileitungen,
  - eine Förderung von Speicher-, Flexibilisierungs- und Digitalisierungslösungen im Bereich von Strom, Wärme und erneuerbaren Gasen, die sich an den Kriterien Klimaschutz und Ökologie orientiert.
- 1180

### 1185 **Energieverbrauch und Kosten senken – energetisches Existenzminimum sichern**

Wir setzen uns dafür ein, dass für alle Menschen in Sachsen das **energetische Existenzminimum** gewährleistet ist. Niemand soll in Sachsen frieren müssen oder von der Stromversorgung abgeklemmt werden.

1190 **Energiesparberatung** für Einkommensschwache muss in Sachsen fester Bestandteil des sozialen Angebotes werden. Wir wollen dies mit einem Sozialcontractingfonds verknüpfen,

um Einsparmöglichkeiten für diese Haushalte auch finanzierbar zu machen. Wir werben bei den Versorgern dafür, **Vorkassezähler** anzubringen, statt Strom oder Gas zu sperren.

1195 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Gewährleistung des energetischen Existenzminimums,
- Energiesparberatung für Einkommensschwache,
- Vorkassezähler statt Stromsperrungen.

1200

### **Energie sparen, Energieeffizienz erhöhen**

1205 Die billigste und umweltfreundlichste Energie ist immer die, die gar nicht erst verbraucht wird. Deshalb müssen Energieeffizienz und Energiesparen endlich Schwerpunkte der sächsischen Energiepolitik werden. Investitionsförderungen des Freistaates sind an Kriterien der Ressourcen- und Energieeinsparung auszurichten. Dabei sind die komplette Wertschöpfungskette der Produktion und der komplette **Lebenszyklus** der Produkte zu betrachten.

1210

1215 Der **energetischen Sanierung** von Gebäuden des Freistaates muss ein weitaus höherer Stellenwert als bisher eingeräumt werden. Sie dient dem Klimaschutz, gibt dem öffentlichen Sektor eine Vorbildrolle und spart auf lange Sicht Energiekosten ein. Unser Ziel ist der Anstieg der jährlichen Sanierungsquote auf drei Prozent. Im Rahmen der Städtebauförderung sind quartiersbezogene Lösungen zur Energieversorgung in die Regelförderung einzubeziehen. Bei Sanierung und Neubau kommunaler Gebäude sind vorbildliche energetische Standards, wie beispielsweise das Passivhaus, besonders zu fördern. Auch Weiterbildung und verbesserte Nutzer\*innenkommunikation etwa zu Best-Practice-Beispielen bedürfen der Förderung.

1220

Wir wollen ein **Zuschussprogramm** für die schnelle energetische Gebäudesanierung von Mietwohnungen. So wollen wir Investitionen in erneuerbare Energien, Fernwärme, Einsparttechnologien und Dämmung ermöglichen, ohne dass die Warmmiete steigt. Dabei soll sich die Höhe von Zuschüssen am im Einzelfall vermiedenen CO<sub>2</sub>-Ausstoß orientieren.

1225 Wir wollen innovative Instrumente wie die Refinanzierung von Investitionen aus den dadurch eingesparten Energiekosten ermöglichen, indem wir ein Bürgschaftsinstrument entwickeln.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1230
- den Anstieg der jährlichen Sanierungsquote bei Gebäuden des Freistaates auf drei Prozent,
  - die Unterstützung quartiersbezogener Lösungen zur Energieversorgung im Rahmen der Städtebauförderung,
  - ein Zuschussprogramm für private energetische Sanierungen bei Mietwohnungen.

1235

### **Sachsen braucht ein Klimaschutzgesetz**

1240 Wir wollen den **Klimaschutz in der sächsischen Verfassung** verankern. Das ist unser langfristiges Ziel. Bereits heute braucht Sachsen ein **Klimaschutzgesetz**. Wer sich wirklich zum Klimaschutz bekennt, der muss bereit sein, Ziele verbindlich festzulegen. Prüfaufträge und Potenzialstudien sind dafür ungeeignet. Deshalb wollen wir ein Klimaschutzgesetz, das verbindlich Kurs setzt.

1245 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben den Entwurf eines Klimaschutzgesetzes vorgelegt, der  
2018 noch im Sächsischen Landtag abgelehnt wurde. Wir wollen gesetzlich festlegen, dass  
Sachsen bis 2025 in Bezug auf die Pro-Kopf-Emissionen den nationalen Klimaschutzpfad  
erreichen und diesem von da an konsequent folgen soll. Das konsequente Langfristziel in  
1250 der Dekarbonisierung bis 2050 muss lauten, weniger als eine Tonne Treibhausgase pro  
Kopf und Jahr zu emittieren.

Die Definition der konkreten Kurz- und Mittelfristziele für die einzelnen Sektoren Energie,  
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Gebäudewirtschaft soll in einem **Klimaschutzplan**  
erfolgen, der in einem öffentlichen Beteiligungsverfahren nach den Vorgaben des  
1255 Klimaschutzgesetzes erarbeitet und fortgeschrieben wird. Wir wollen Klimaschutz und  
Klimawandelanpassung durch **Änderungen des Landesplanungsgesetzes** als  
Grundsätze der Raumordnung festlegen. Die öffentlichen Verwaltungen sollen auf dem Weg  
zur Klimaneutralität beispielhaft vorangehen. Das Grüne Klimaschutzgesetz soll die  
1260 notwendigen Instrumente für Umsetzung und Monitoring der Klimaschutzmaßnahmen  
bereitstellen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein sächsisches Klimaschutzgesetz,
- 1265 • einen kurz- und mittelfristigen Klimaschutzplan,
- die Aufnahme von Klimaschutz und Klimawandelanpassung als Grundsätze der  
Raumordnung ins Landesplanungsgesetz.

## 1270 **Mobilität für alle**

Wir wollen Mobilität für alle gewährleisten – sicher, sauber und bezahlbar. Wir wollen  
Verkehr ohne Lärm, Abgase und Stau organisieren. Wir wollen, dass alle Menschen schnell,  
zuverlässig und bequem, klima- und umweltfreundlich ihre Ziele erreichen. Dazu brauchen  
1275 wir eine Verkehrswende. Darum setzen wir uns konsequent für die Stärkung von Bahn, Bus,  
Rad und Fußverkehr ein. Wir wollen weniger Autos auf den Straßen haben – und diese  
sollen möglichst abgas- und emissionsfrei sein.

Der Verkehr fährt beim Klimaschutz hinterher. Während in allen anderen Bereichen die  
1280 Emissionen von Treibhausgasen in den vergangenen drei Jahrzehnten gesenkt werden  
konnten, stößt der Verkehrssektor immer mehr CO<sub>2</sub> aus. Die Ziele des Pariser  
Klimaschutzabkommens werden wir verfehlen, wenn wir im Verkehr den Durst nach Öl nicht  
beenden und den Energiebedarf nicht deutlich vermindern. Deshalb wollen wir in die  
1285 Infrastruktur für die Verkehrswende investieren – in den Schienenverkehr, den Ausbau des  
Nahverkehrs, die kommunale Verkehrsinfrastruktur und in den Radverkehr.

Wir wollen, dass der Straßenverkehr sicher wird. Jeder Unfall mit Verletzten oder Toten ist  
einer zu viel. In Sachsen ist die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschäden in den letzten  
1290 Jahren nur unwesentlich zurückgegangen. Weil fast drei Viertel der Unfälle innerorts  
geschehen und insbesondere Kinder, ältere und behinderte Menschen betroffen sind, muss  
endlich mehr für die Schwächsten im Straßenverkehr getan werden. Deshalb wollen wir für  
die Kommunen Mittel bereitstellen, um Tempo 30 vor sozialen Einrichtungen wie Kitas und  
Schulen sowie auf Durchgangsstraßen umzusetzen. In den sächsischen Schulen wollen wir  
1295 für alle Altersstufen eine Mobilitätserziehung anbieten. Die Verkehrsüberwachung wollen wir  
wieder stärken. Die Zahl der Geschwindigkeitskontrollen der Polizei in Sachsen wurde in

den letzten zehn Jahren mehr als halbiert. Mehr Sicherheit gibt es nur, wenn die Einhaltung der Verkehrsregeln auch kontrolliert wird.

1300 Viele Menschen, die an Straßen oder Schienenstrecken wohnen, werden in erheblichem Maße in ihrer Gesundheit und Lebensqualität beeinträchtigt. Wir wollen die Investitionen für Lärmschutzmaßnahmen an Staatsstraßen und regionalen Bahntrassen deutlich erhöhen. Für den Flughafen Leipzig/Halle soll ein Nachtflugverbot gelten.

1305 Sachsen soll Vorreiter bei der Elektromobilität werden. Es reicht nicht, dass in Sachsen Elektroautos gebaut werden, sie müssen auch hier fahren können. Dafür ist ein flächendeckendes Ladenetz notwendig. Bisher hat die sächsische Staatsregierung Kommunen, Unternehmen und regionale Energieversorgern dabei zu wenig unterstützt. Sachsen darf nicht den Anschluss verlieren. Wir wollen den Ausbau der Ladeinfrastruktur anpacken und dafür sorgen, dass öffentliche Fuhrparks schrittweise auf Elektromobilität und  
1310 alternative Antriebe umgestellt werden.

### **Mit der Mobilitätsgarantie grün mobil im ganzen Land**

1315 Wir wollen Sachsen zu einem Pionierland für moderne Mobilität machen. Daher führen wir GRÜNE eine **Mobilitätsgarantie für ganz Sachsen** ein. Damit gibt es in ganz Sachsen von 5 Uhr früh bis Mitternacht mindestens einen Stundentakt mit einer verlässlichen und umweltfreundlichen Anbindung – ganz gleich, ob mit dem Zug, dem Bus, der S-Bahn oder flexiblen Angeboten wie etwa dem Anruf-Sammeltaxi. Im Rahmen der Mobilitätsgarantie soll  
1320 jeder Ort in Sachsen eine klar definierte Mindestbedienung erhalten, für die wir geeignete Rahmenbedingungen und zielgerichtete Anreize setzen.

Mit einem **sachsenweiten Stundentakt** von 5 bis 24 Uhr, dem „Sachsentak“, auf allen Bahnstrecken bis zum Jahr 2025 wird die Bahn als Rückgrat des Öffentlichen Verkehrs  
1325 gestärkt und in allen sächsischen Regionen als vollwertige Alternative zum eigenen Auto etabliert. Wo Mittel- und Unterzentren im ländlichen Raum keinen Anschluss zur Bahn haben, wollen wir die Lücken im Netz durch Busverbindungen schließen. Dafür schaffen wir ein Förderprogramm für vertaktete Schnellbus-Linien, die jeweils zur Hälfte vom Freistaat und den Landkreisen finanziert werden.

1330 Den Stundentakt als Standard im ländlichen Raum wollen wir auf den nachfragestarken Bahnstrecken mit einer dichteren Taktung ergänzen. Dafür wollen wir die S-Bahn Dresden in Richtung Bautzen, Kamenz, Königsbrück und Großenhain und die S-Bahn im Ballungsraum Leipzig-Halle in den Landkreisen Leipzig, Nordsachsen und Mittelsachsen  
1335 ausbauen und verdichten. Das Chemnitzer Modell wollen wir nach Limbach-Oberfrohna, Annaberg-Buchholz und Olbernhau ausdehnen und die ausgebauten Nahverkehrsnetze mit vertakteten Buslinien im Umland unserer drei sächsischen Großstädte verknüpfen.

1340 Wir wollen unseren **Schüler\*innen** sowie den Auszubildenden in Sachsen preisgünstige Mobilität im Freistaat ermöglichen und zunächst ein sachsenweites Ticket für alle Menschen in Ausbildung einführen. Darüber hinaus wollen wir perspektivisch für alle Sächs\*innen ein 365-Euro-Jahresticket. Dafür packen wir eine **ÖPNV-Finanzreform** an, die den Aufgabenträgern eine zukunftsfeste Planung gerade im ländlichen Raum ermöglicht. Mit dieser Finanzreform wird die Ungerechtigkeit unterschiedlichster Preise und  
1345 Bedienungsstandards unter den Landkreisen beseitigt und zugleich den Aufgabenträgern mehr Möglichkeiten zur Mittelsteuerung gegeben. Wir GRÜNE sind überzeugt, dass Sachsen

mit dieser Mischung aus Anreizen, Förderprogrammen und besserer Finanzierung wieder zum Pionierland der Mobilität wird.

1350 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- Bahn und Bus für jedes Dorf – für jeden Ort in Sachsen soll es eine Mindestbedienung im Öffentlichen Verkehr geben,
- ein Zielkonzept Bahn mit dem Sachsentak – wir wollen bis 2025 den Stundentakt zwischen 5 und 24 Uhr als Mindeststandard auf allen Bahnstrecken etablieren und Züge sowie Busse an Knotenbahnhöfen verknüpfen,
- den Ausbau des S-Bahn-Netzes in den Ballungsräumen Dresden und Leipzig-Halle und den Ausbau des Chemnitzer Modells mit dichten Takten in die umliegenden Landkreise,
- ein sachsenweites 365-Euro-Ausbildungsticket für alle Menschen in Ausbildung und eine ÖPNV-Finanzreform.

### **Bahnhöfe zu Mobilitätsstationen entwickeln**

1365 Viele Bahnhofsgebäude in Sachsen sind verfallen und sorgen für ein Negativ-Image der Bahn. Sie schrecken Reisende regelrecht ab. Die historische und oftmals unter Denkmalschutz stehende Bausubstanz geht verloren. Wir wollen das Erscheinungsbild der vielen kleineren Bahnhöfe in Sachsen verbessern und diese zu **Mobilitätsstationen** ausbauen. Bahnhöfe sollen sich zu attraktiven Begegnungsstätten und Visitenkarten eines

1370 Ortes entwickeln können. Damit wollen wir auch den ländlichen Raum stärken und mehr Menschen für den Umstieg auf die Bahn gewinnen.

Die Kommunen im Freistaat müssen durch die Staatsregierung viel stärker unterstützt werden, die Entwicklung ihrer Bahnstationen in die eigenen Hände zu nehmen und ihre

1375 Bahnhofgebäude wiederzubeleben. Aus Bahnhöfen machen wir Mobilitätsstationen. Diese sind mit dem Stadt- und Regionalbusverkehr verknüpft, bieten neben P+R-Plätzen mit Ladestation für Elektroautos auch sichere und überdachte Fahrradabstellanlagen und verfügen möglichst über eine Carsharing-Station.

1380 Mobilität ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Ein Viertel der knapp vierhundert sächsischen Bahnhöfe und Haltepunkte sind nicht barrierefrei. Für Menschen mit Behinderung, Senioren und hochschwängere Frauen wird der Zugang zum Bahnverkehr so unnötig erschwert. Der **Abbau von Barrieren** im öffentlichen Verkehr ist damit eine Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen. In Sachsen fehlen

1385 bisher landeseigene Aktivitäten für barrierefreie Bahnhöfe. Andere Bundesländer tun deutlich mehr, um Zugangshürden für mobilitätseingeschränkte Menschen abzubauen. Insbesondere im ländlichen Raum ist der Handlungsbedarf groß. Wir wollen mit einem Landesprogramm den barrierefreien Umbau der Bahnhöfe und Haltepunkte in Sachsen fördern und vorantreiben. Mit der Deutschen Bahn (DB Station & Service AG) wollen wir

1390 dazu eine Rahmenvereinbarung abschließen. Bis 2025 sollen alle Haltepunkte und Bahnhöfe des Nahverkehrs im Freistaat Sachsen barrierefrei ausgebaut sein.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein Modernisierungs-Förderprogramm, das die Kommunen dabei unterstützt, ihre Bahnhöfe zu Mobilitätsstationen weiterzuentwickeln,
- ein Landesprogramm für Barrierefreiheit an Bahnhöfen und Haltepunkten.

1400 **Nah – Mobil. Zu Fuß und mit dem Rad**

Mobil zu sein heißt heute nicht mehr nur, Auto zu fahren. Viele nutzen das Fahrrad oder erledigen ihre Wege zu Fuß. Für unsere Städte ermöglicht das ein Umsteuern hin zu attraktiveren Innenstädten mit Grünflächen und öffentlichen Plätzen, wo Menschen sich gerne aufhalten. Mit sicheren Radverbindungen sowie barrierefreien Fußwegnetzen in Kombination mit einem leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr wollen wir die Lebensqualität besonders der von Lärm und Luftschadstoffen betroffenen Städte verbessern.

1410 Um den Anteil des Rad- und Fußverkehrs zu erhöhen, müssen die Bedingungen für die Menschen, die mit dem Rad oder zu Fuß unterwegs sein wollen, verbessert werden. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen und **Nahmobilitäts-Checks** fördern. In einem ersten Schritt soll mit einer Bestandsanalyse der Zustand der Wege und Straßen für den Rad- und Fußverkehr ermittelt werden. Mit dem Wissen um zu schmale, schlechte und  
1415 fehlende Wege oder nicht ausreichende Querungshilfen von Straßen können die notwendigen Maßnahmen zielgerichtet ergriffen werden.

Bei Planung, Bau sowie Unterhalt von Infrastruktur muss die Perspektive des Fuß- und Radverkehrs eine zentrale Rolle spielen. Qualifiziertes Personal ist dafür unerlässlich. Wir wollen deshalb eine sächsische **Agentur für Nahmobilität** gründen, bei der sich die Verantwortlichen fortbilden können, die den Erfahrungsaustausch fördert und Best-Practice-Beispiele zur Verfügung stellt.

Das große Potenzial des **Radverkehrs** wollen wir heben und den Anteil der in Sachsen mit dem Fahrrad zurückgelegten Wege bis zum Jahr 2025 auf 20 Prozent verdoppeln. Deshalb setzen wir uns dafür ein, jedes Jahr mindestens 100 Kilometer Radwege an sächsischen Bundes- und Landstraßen zu bauen oder instand zu setzen. Für die kommunale Radverkehrsförderung wollen wir jährlich 20 Millionen Euro zulasten des Neubaus von Straßen investieren. Deshalb fordern wir, dass der Straßenraum anhand der Bedürfnisse  
1430 aller Verkehrsteilnehmer\*innen verteilt wird. Jede Fahrt mit dem Fahrrad und jeder Weg zu Fuß verringert die Beeinträchtigungen, die der Autoverkehr in den Innenstädten durch Parkraumbedarf, Parkplatzsuche, Lärm, Abgase und Unfallpotenzial mit sich bringt. Zudem kaufen Radfahrende und Menschen zu Fuß wohnortnah ein und stützen damit den lokalen Einzelhandel.

1435 Die Zukunft hat schon begonnen und sie ist multimodal. Viele Menschen kombinieren je nach Bedarf das eigene Auto, CarSharing, Rad, Bus und Straßenbahn sowie den Zug. Um die Zahl Rad fahrender Pendler\*innen deutlich zu erhöhen, braucht es an den Umsteigepunkten **Fahrradstationen** und am Arbeitsplatz sichere Radabstellanlagen. Mit  
1440 einem Landesprogramm wollen wir bis 2025 mindestens 20 Radstationen an Sachsens wichtigsten Bahnhöfen errichten, die als Minimum sicheres und wetterfestes Fahrradparken, Leihräder sowie Fahrradreparaturen anbieten.

In den vergangenen Jahren hat der Lieferverkehr in den Städten stark zugenommen. Das stellt unsere Städte durch wachsende Lärm- und Schadstoffbelastungen vor große Herausforderungen. Digitalisierung und technische Innovationen können jedoch dazu beitragen, dass Mensch und Umwelt, aber auch die Wirtschaft profitieren können. Wir setzen uns dabei für Kooperationen von Speditionen und Lieferdiensten ein und wollen **Modellprojekte für eine emissionsfreie Zustellung** initiieren. Denn ein großes Potenzial  
1450 liegt in den letzten Kilometern. Mit Lastenrädern können Pakete von Mikrodepots in der

Stadt bis zur Haustür geliefert werden. Mit einem Förderprogramm wollen wir zudem gemeinnützige Organisationen oder Kommunen bei der Anschaffung von Lastenrädern unterstützen.

1455 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- kommunale Nahmobilitäts-Checks, mit denen die Situation von Fuß- und Radverkehr erfasst und Verbesserungsvorschläge entwickelt werden,
- eine Offensive im Radwegebau und in der Radverkehrsförderung,
- ein Landesprogramm für Radstationen an Bahnhöfen.

1460

### **Güter von der Straße auf die Schiene bringen**

1465 Der Güterverkehr auf sächsischen Autobahnen nimmt stetig zu. Wir wollen, dass deutlich mehr Güter auf der Schiene transportiert werden. Auf der niederschlesischen Magistrale, der Güterverkehrstrecke zwischen Hoyerswerda – Niesky und der polnischen Grenze wollen wir eine „**rollende Autobahn**“ einrichten. Wir wollen so eine grenzüberschreitende Verbindung schaffen, mit der Lkws auf der Schiene bis ins Ruhrgebiet und in die Rhein-

1470 Main-Region transportiert werden können. Spätestens bis zum Beginn der Sanierung und Sperrung des Autobahntunnel „Königshainer Berge“ auf der A 4 muss die rollende Autobahn zur Verfügung stehen. Dafür unterstützen wir den Bau von Terminals, um Lkws auf die Schiene verladen zu können.

1475 Wir wollen landesweit den Bau von **Railports**, kleineren Terminals, die Unternehmen auch mit kleineren Transportmengen einen Zugang zum Schienengüterverkehr verschaffen, fördern. Zusätzlich wollen wir eine Online-Informationplattform einrichten, die über Fördermöglichkeiten im Bereich des Schienengüterverkehrs zum Beispiel für Bau von Gleisanschlüssen informiert und Akteure im Schienentransportgewerbe mit den heimischen

1480 Unternehmen zusammenbringt. Wir setzen uns dafür ein, Eisenbahnstrecken im Freistaat Sachsen zu **elektrifizieren** und dafür ein sachsenweites Konzept zügig zu erarbeiten.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1485
- eine „rollende Autobahn“ für den Güterverkehr,
  - Railports als Zugangsstationen zum Schienenverkehr für kleine und mittlere Unternehmen,
  - ein Elektrifizierungskonzept für die sächsischen Bahnstrecken.

1490

### **Wirtschaft und Arbeit – Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit zusammen denken**

1495 Wir GRÜNE wollen eine Wirtschaftspolitik, die Zukunftsfähigkeit durch ökologische Modernisierung schafft. Sozial-ökologische Wirtschaftspolitik muss neben der gesellschaftlichen Solidarität auch den ökologischen Fußabdruck unseres Tuns ehrlich und dauerhaft berücksichtigen. Wir GRÜNE fordern diesen Paradigmenwechsel immer wieder ein. GRÜNE Wirtschaftspolitik setzt sich zum Ziel, dass in Sachsen zukunftsfähige

1500 Branchen und Geschäftsmodelle ihre Heimat haben, die auf Technologieführerschaft im postfossilen Zeitalter bauen und die Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppeln. Wir wollen darüber hinaus gute Arbeitsplätze in Sachsen erhalten und neue schaffen.

1505 Es geht heute um kluge, weit vorausschauende Wirtschaftspolitik in einer Zeit der großen Transformationen. Das Ziel, die Klimaerhitzung auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen, zwingt die Wirtschaft zu großen Schritten in der Dekarbonisierung. Wichtige Segmente der heutigen sächsischen Wirtschaft wie z. B. Automobilindustrie, Energiewirtschaft, Chemieindustrie, Maschinen- und Anlagenbau müssen sich völlig neu aufstellen.

1510 Neben den Veränderungen in existierenden Industrien entstehen und wachsen ganz neue Wirtschaftsfelder. Die Bioökonomie, angetrieben durch Dekarbonisierung und Ressourceneffizienz, öffnet auch in Sachsen neue Chancen für Wettbewerbsfähigkeit und gute Arbeitsplätze. GRÜNE Wirtschaftspolitik stellt sich dem Anspruch, weit in die Zukunft zu blicken, wichtige Trends zu erkennen und deren Umsetzung so frühzeitig zu fördern, dass ausbaufähige Alleinstellungsmerkmale entstehen. Die großen Transformationsprozesse unserer Zeit beim klimaneutralen, ressourcenschonenden Wirtschaften, bei der Energiewende sowie bei der Digitalisierung wollen wir GRÜNE durch die Erneuerung der gesamten Innovationspolitik, der Gründungs-, Wachstums- und Ansiedlungsförderung unterstützen.

1520 Wir wollen in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Akteur\*innen regional und lokal Übergänge zu nachhaltigem Wirtschaften voranbringen. Dabei gilt unser besonderes Augenmerk dem sächsischen Handwerk, dem Mittelstand und dem Dienstleistungssektor. Wir GRÜNEN wollen aussteigen aus Umwelt- und Naturzerstörung, aus Verschwendung und Abfallproduktion. Wir stehen für einen verantwortungsvollen Wandel gemeinsam mit den Menschen und für die Menschen. Nur so erhalten wir die Entwicklungschancen zukünftiger Generationen. Gesunde Nahrungsmittel, langlebige Konsumgüter, attraktive Wohn(um)welten auf der Basis von produktiven und widerstandsfähigen Naturräumen kennzeichnen den Wandel hin zu einer nachhaltigen Bioökonomie.

1530

### **Nachhaltigkeitsziele setzen**

1535 GRÜNE Wirtschaftspolitik will Ressourceneffizienz, erneuerbare Energien und Stoffkreisläufe in Produktionsabläufen und in den Produkten alltäglich machen. Indem wir das vorantreiben, stärken wir dauerhaft die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Wir machen die sächsische **Wirtschaftsförderung** unbürokratischer und übersichtlicher und richten sie stärker auf die innovativen kleinen und mittleren sowie auf am Gemeinwohl orientierten Unternehmen aus. Für uns muss Wirtschaftsförderung mit öffentlichen Mitteln soziale, ökologische und Gemeinwohlkriterien im Blick haben. Branchen wie die Kultur- und Kreativwirtschaft oder der Dienstleistungssektor dürfen bei der Vergabe von Fördermitteln gegenüber technologieorientierten Unternehmen nicht benachteiligt werden. Insbesondere kleine, mittelständische und Start-up-Unternehmen brauchen unbürokratische Hilfe bei der Antragstellung. Wir wollen, dass die EU-Förderprogramme bei ihrer Umsetzung in Sachsen nicht durch unnötige Zusatzaufgaben des Landes verkompliziert werden. Nicht nur technologieorientierte Branchen stehen im Fokus GRÜNER Politik in Sachsen. Wir setzen uns ebenso für das moderne Handwerk, die Kultur- und Kreativwirtschaft, die Gesundheitswirtschaft und den Sozial- und Bildungsbereich als Innovationsmotoren ein.

1550 Wir stehen für den Abschied von der einseitigen Orientierung auf das Bruttosozialprodukt als Maß für den wirtschaftlichen Erfolg. Wir denken Wertschöpfung weiter, denn nur wirtschaftliches Handeln zum Wohle aller und unter Erhalt unserer Lebensgrundlagen kann nachhaltig sein. Die globalen Nachhaltigkeitsziele der UN-Vollversammlung im Rahmen der Agenda 2030 gelten überall. Deshalb wollen wir auch für Sachsen Indikatoren für eine

1555 **Nachhaltigkeitsstrategie** entwickeln, an denen sich heutige und künftige Politik messen lassen muss.

Die sächsische Wirtschaftspolitik muss zunehmend regionenübergreifend über Bundesländergrenzen hinweg und in Zusammenarbeit mit europäischen Nachbarstaaten weiterentwickelt werden. Im Zusammenhang mit der Strukturentwicklung von ehemaligen Braunkohlerevieren in der Lausitz und in Mitteldeutschland zeigt sich bereits, dass ohne einen solchen Ansatz keine sinnvollen regionalen Konzepte möglich sind. Die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen, die mit Steuervorteilen locken, lehnen wir ab. Sonderwirtschaftszonen schwächen die Kommunen, denen die nötigen Steuereinnahmen fehlen, sind nachteilig für die Beschäftigten, weil Tarifverträge nicht gelten, und nützen nur großen Unternehmen. Unterbietungsstrategien, ob nun bei Steuern, Löhnen, Umwelt- und Lärmschutzaufgaben sehen wir als ungeeignet an, um Sachsen nachhaltig voranzubringen.

Wir GRÜNE wollen **regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten** stärken. Das schafft Wertschöpfung und Wohlstand vor Ort, hält das Geld in der Region und entlastet die Umwelt durch weniger Verkehr. So erhöht die Förderung dezentraler Strukturen zugleich die Lebensqualität in ganz Sachsen. Soziale und ökologische Marktwirtschaft muss sich immer auch am Gemeinwohl orientieren. Deshalb wollen wir Genossenschaftsmodelle ebenso wie Konzepte der solidarischen Ökonomie – wie beispielsweise Social Entrepreneurs – fördern.

Eine nachhaltige, ressourcenschonende und innovative Rolle kommt der **Sharing Economy** zu (z. B. Carsharing, Reparatur-Cafes). Wir unterstützen diese Entwicklungen. Wir wollen Co-Working-Spaces und Maker-Spaces stärken und stehen digitalen Sharing-Geschäftsmodellen aufgeschlossen gegenüber.

Die demografische Entwicklung stellt in einigen sächsischen Regionen wie der Lausitz oder im Erzgebirge sowie in weiteren ländlichen Regionen eine der größten Herausforderungen auch für die Wirtschaftsentwicklung dar. Allein in der Lausitz werden bereits in den nächsten 15 Jahren etwa hunderttausend Menschen im erwerbsfähigen Alter fehlen. Wir GRÜNE sehen die Notwendigkeit, auch in der Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik umzusteuern. Die künftige wirtschaftliche Entwicklung solcher Regionen hängt weniger von Neuansiedlungen ab, die bereits in wenigen Jahren keine Arbeitskräfte mehr finden. Für die wirtschaftliche Zukunft dieser Regionen muss Arbeitskräftesicherung durch **Investitionen in die Attraktivität der Regionen**, in Kultur, Bildung, Sport, Freizeit, Erreichbarkeit sowie durch gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne betrieben werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen haben bereits lange vor der aktuellen Diskussion um den nationalen **Kohleausstieg** mit den Menschen vor Ort in der Lausitz Ideen und Konzepte für Perspektiven in der Zeit nach der Kohle entwickelt. Für uns ist es wichtig, dass Leitbilder und Zukunftskonzepte vor Ort von einer breiten zivilgesellschaftlichen Basis akzeptiert und getragen werden. Wir wollen eine langfristig angelegte **Strukturentwicklungsförderung** in den Kohleregionen in der Lausitz und im mitteldeutschen Revier. Für uns hat diese Aufgabe Modellcharakter für andere Transformationsprozesse in Deutschland und Europa. Für uns GRÜNE ist die Aufgabe des Strukturwandels in den Kohleregionen viel mehr als nur die Schaffung von Verkehrswegen. Wir wollen nachhaltige Wirtschaftszweige wie grüne Chemie und Bioökonomie, Umwelt- und Renaturierungstechnologien, die Fortführung der Rolle als Energieregion in der Energiewende unterstützen. Wir wollen Kultur, Bildung und Forschung deutlich stärken und Zuzugsimpulse durch gute Arbeitsplätze in anzusiedelnden Einrichtungen des Bundes und des Landes schaffen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1610
- eine Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung hin auf kleine und mittlere und am Gemeinwohl orientierte Unternehmen,
  - die Anwendung der UN-Nachhaltigkeitsziele,
  - die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten,
  - Förderung auch für die Sharing Economy,
- 1615
- Investitionen in die Attraktivität von Regionen statt klassischer Ansiedlungspolitik,
  - eine Strukturentwicklungsförderung, die den notwendigen Strukturwandel für die Zeit nach der Kohle unterstützt.

## 1620 **Tourismusland Sachsen**

Damit in der sächsischen Tourismuswirtschaft neben den großen Städten auch ländliche Regionen stärker profitieren können, wollen wir gezielt Maßnahmen fördern, die sich dort nachhaltig und strukturfördernd auswirken. Beispiele dafür sind der **Radtourismus** und naturnahe sowie **naturverträgliche touristische Angebote**. Die Tourismuswirtschaft ist in besonderem Maße von den bereits spürbaren Auswirkungen der Klimaerhitzung und von den häufiger auftretenden Extremwetterereignissen betroffen. Wir wollen sie deshalb mit Beratungsangeboten zur regionalen Klimaprognose und zu notwendigen **Anpassungsstrategien** unterstützen und gezielte Förderprogramme zur Unterstützung von Investitionen zur Anpassung an die veränderten klimatischen Bedingungen sowie zur klimafreundlichen Gestaltung touristischer Angebote einrichten.

1625

1630

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1635
- Förderung des Radtourismus und des naturnahen Tourismus,
  - Beratung und Förderung für Klimawandelanpassung und klimafreundlichen Tourismus.

## 1640 **Das Handwerk als Partner für nachhaltige Entwicklung**

Das Handwerk liefert einen zentralen Beitrag zur regionalen Wirtschaft sowie dazu, dass wir ressourcenschonender arbeiten und leben können. Es ist ein wichtiger Partner bei Energiewende und Klimaschutz. Wir unterstützen das Handwerk bei der Weiterentwicklung von Aus- und Weiterbildung. Wir wollen das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft beim Weg in die digitale Wirtschaft fördern und kümmern uns um Nachwuchs- und Fachkräftesicherung. Wir GRÜNE wollen eine **Meistergründungsprämie** einführen, um Gründer\*innen die ersten Schritte zur Selbständigkeit zu erleichtern.

1645

1650 Wir setzen uns dafür ein, mit der Möglichkeit des „Spurwechsels“ – also der Möglichkeit für gut integrierte und qualifizierte Geflüchtete, unabhängig von ihrem Asylstatus in unserem Land arbeiten zu können – und mit spezifischen Aus- und Weiterbildungskonzepten für **Menschen mit Migrationshintergrund** insbesondere das Handwerk und kleine Unternehmen bei der Gewinnung von Auszubildenden und Fachkräften zu unterstützen.

1655

Wir wollen die **Unternehmensnachfolge** im Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen sowie im Handwerk unterstützen. Wenn die vorhandenen Beratungs- und Finanzierungsinstrumente nicht ausreichen, sind zusätzliche Förderinstrumente zu schaffen.

1660 Um Innovationen aus Handwerk und Dienstleistungen zu fördern, wollen wir dafür Förderinstrumente schaffen beziehungsweise bereits vorhandene Programme für solche Betriebe öffnen. Mit GRÜNEN Ideen bei Gebäudesanierung, Energieeffizienz und dezentraler Energieversorgung bieten wir dem Handwerk auf lange Sicht einen enormen Wachstumsmarkt und fördern innovative Aktivitäten.

1665 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Einführung einer Meistergründungsprämie,
- die gezielte Gewinnung von Geflüchteten bzw. Migrant\*innen als Fachkräfte,
- 1670 • die Unterstützung von Handwerker\*innen bei der Sicherung der Unternehmensnachfolge.

### **Mut zur Existenzgründung machen, Gründer\*innen unterstützen**

1675 Gerade in einem durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägten Bundesland wie Sachsen sind Unternehmensgründungen eine wesentliche Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und sich erneuernde Innovationskraft. Neue Marktteilnehmer\*innen und neue Geschäftsmodelle modernisieren nicht nur die Wirtschaftsstruktur, sondern

1680 schaffen auch zukunftsfähige Arbeitsplätze und Mitgestaltungsmöglichkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Gründer\*innenszene ist heterogen und vielfältig. Dabei erlangen auch Menschen mit Migrationshintergrund eine zunehmende Bedeutung. Gerade in guten Zeiten auf dem Arbeitsmarkt fällt in der persönlichen Chance-Risiko-Abwägung Gründungswilliger häufig die Entscheidung für die Aufnahme einer gut bezahlten abhängigen Beschäftigung

1685 statt sich und die eigene Familie dem hohen persönlichen Risiko unternehmerischer Initiative auszusetzen. Um dennoch Gründungen voranzubringen, müssen Risiken und Eintrittsbarrieren reduziert und Chancen gestärkt werden.

1690 Wir GRÜNE wollen Gründer\*innen voranbringen. In Großstädten sind in den letzten Jahren lebendige Startup-Plattformen entstanden. Wir wollen sie ausbauen und ihre Kooperation mit innovativen mittelständischen Unternehmen, die bereits am Markt sind, unterstützen. Die **Gründungsberatung** wollen wir mittels eines Gutscheinsystems vereinfachen. Für **Frauen** als Existenzgründerinnen wollen wir ein spezifisches Förderprogramm entwickeln.

1695 Mit konsequentem Ausbau des E-Government wollen wir die Gründungsphase entbürokratisieren. Zum weiteren Abbau von Einstieghürden wollen wir die notwendigen Behördenkontakte an einer Stelle bündeln (one-stop-agency). Die Umsetzung von guten, umsetzbaren Ideen darf nicht daran scheitern, dass kein Gründungskapital zur Verfügung steht. Zur Überbrückung von Finanzierungslücken beim Transfer wissenschaftlicher

1700 Erkenntnisse in finanzierbare Geschäftskonzepte wollen wir eine **Validierungsförderung** einführen. Kleinstunternehmen wollen wir nach der Gründungsphase bei der sozialen Absicherung unterstützen.

1705 Die bei öffentlichen Startup-Finanzierungsinstrumenten üblichen persönlichen Haftungsvoraussetzungen stellen wir auf den Prüfstand. Ein unternehmerisches Scheitern in den ersten Jahren darf nicht dazu führen, dass bereits erfahrene Gründer\*innen und ihre Familien über Jahre in schwere persönliche Krisen stürzen und eine zweite Chance enorm erschwert wird. Das Wissen um die Akzeptanz des Scheiterns ist oft Voraussetzung für den Mut zum Gründen. Zur Unterstützung der Existenzgründung aus Arbeitslosigkeit (ALG II)

1710 wollen wir Jobcenter-Mitarbeiter\*innen qualifizieren und weiterbilden. Die Entwicklung von **Gründungsnetzwerken** wollen wir auch außerhalb der großen Städte fördern.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1715
- die Vereinfachung der Gründungsberatung,
  - ein Förderprogramm für Frauen als Gründerinnen,
  - eine Validierungsförderung für Gründungen aus der Wissenschaft,
  - die flächendeckende Unterstützung von Gründungsnetzwerken.

1720

### **Fair und nachhaltig wirtschaften**

1725 Bund, Länder und Kommunen kaufen jährlich für mehrere Milliarden Güter und Dienstleistungen ein. Diese Marktmacht der öffentlichen Hand gilt es als Impulsgeberin für ökologisches und soziales Wirtschaften zu nutzen. Wir GRÜNE wollen ein modernes, **sächsisches Vergabegesetz**, das Umwelt- und Sozialstandards konsequent anwendet und die Effizienz öffentlicher Ausgaben des Freistaates Sachsen und seiner Kommunen sichert. Umwelt und Energieeffizienzkriterien, die Verringerung von Ressourcenverbrauch und geringere Entsorgungskosten sollen in der öffentlichen Beschaffung Berücksichtigung

1730 finden. Kleinen und mittleren Unternehmen kommt die losweise Ausschreibung und Vergabe sowie die Senkung des Schwellenwertes für die freihändige Vergabe auf 10.000 Euro zugute. Veröffentlichungspflichten dienen der Transparenz und einer besseren öffentlichen Kontrolle. Wir wollen die Vergabe von öffentlichen Aufträgen von der Tariftreue der Unternehmen abhängig machen und setzen uns darüber hinaus für die

1735 Berücksichtigung von Frauenförderung ein. Mit der Einführung von Innovationskriterien schaffen wir die Möglichkeit, innovativen und jungen Unternehmen mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen den Weg in den Markt zu ebnen.

1740 Die **internationale Verflechtung** der sächsischen Wirtschaft wollen wir unterstützen. Internationale Handelsabkommen müssen faire Arbeitsbedingungen und hohe Umweltstandards garantieren. Schwellen- und Entwicklungsländer dürfen nicht mit Wettbewerbsnachteilen marginalisiert werden. Das bereits vorläufig in Kraft getretene CETA-Abkommen mit Kanada bedarf noch einer Ratifizierung durch alle EU-Staaten. Wir treten dafür ein, dass der Abbau von Handelshemmnissen nicht mit der Senkung von

1745 Standards bei Umweltschutz, Gesundheitsschutz, Verbraucherschutz, Datenschutz und Tierschutz sowie von Arbeitnehmer\*innenrechten einhergeht. Das Recht zur kommunalen Daseinsvorsorge darf nicht in Frage gestellt werden. Deshalb darf eine sächsische Staatsregierung dem CETA-Abkommen im Bundesrat keine Zustimmung erteilen.

1750 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein sächsisches Vergabegesetz, das ökologische und soziale Kriterien zur Grundlage öffentlicher Ausschreibungen macht,
  - eine internationale Handelspolitik des Freistaates, die sich vom Schutz von Umwelt, Gesundheit, Arbeitnehmer\*innenrechten und der kommunalen Daseinsvorsorge leiten lässt.
- 1755

### **Gute Arbeit in Sachsen**

1760

1765 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen chancenreichen Arbeitsmarkt in Sachsen, der allen Mitgliedern der Gesellschaft fairen Zugang, Teilhabe und gutes Auskommen sichert. Wir wollen es uns nicht leisten, dass Jugendliche keine Abschlüsse haben und sächsischen Unternehmen gut ausgebildete Arbeitnehmer\*innen vor Ort fehlen. Dafür brauchen wir eine  
1770 Arbeitsmarktpolitik, die die richtigen Rahmenbedingungen für eine barrierefreie Arbeitswelt, Durchlässigkeit und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten setzt. Um eine zielgenaue Ausbildung zu erreichen, müssen insbesondere kleine und mittlere Betriebe in die Lage versetzt werden, selbst das passende Personal auszubilden. Wir sehen die **aktive Förderung der Integration** von Menschen mit Migrationshintergrund, älteren Menschen  
1775 sowie Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt als wichtige arbeitsmarktpolitische Aufgabe. Jobcenter und Arbeitsagenturen sollen so ausgestattet sein, dass sie einer qualitativ hochwertigen individuellen Unterstützung älterer Arbeitsloser gerecht werden können. Wir halten Alternativen zu den Werkstätten für Menschen mit Behinderung für wichtig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern wirksame Instrumente in Sachsen wie ein Budget für Arbeit, den Ausbau von Integrationsbetrieben, die Qualifizierung unterstützter Beschäftigung und Arbeitsassistenten im allgemeinen Arbeitsmarkt sowie die Weiterentwicklung persönlicher Budgets für die berufliche und gesellschaftliche Teilhabe. Wir ermutigen Unternehmen, insbesondere mehr junge Menschen mit Behinderung auszubilden. Wir setzen uns für die Einrichtung einer zentralen Vermittlungsagentur ein, die  
1780 gezielt Menschen mit Behinderung in Berufe ihrer Qualifikation vermittelt.

1785 Der öffentliche Dienst hat dafür als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion. Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen von den Vorteilen einer vielfältigen Belegschaft überzeugen. Gleichzeitig muss sich der Arbeitsmarkt mit seinen Regeln und Strukturen so verändern, dass wir eine offene Arbeitsgesellschaft erreichen. Unser Ziel ist es, so vielen Jugendlichen wie möglich eine duale Berufsausbildung zu ermöglichen. Dafür müssen wir auch die Schulabbrecher\*innenquote in Sachsen deutlich senken. Wir wollen Unternehmen dabei unterstützen, lebenslanges Lernen, altersgerechte Arbeitsorganisation und Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz zu ermöglichen.

1790 Die Beschäftigungsquote allein ist kein ausreichender Indikator für eine gute Arbeitsmarktpolitik. Die jahrzehntelange Billiglohnpolitik der CDU hat viele Menschen in prekäre Verhältnisse geführt. Wir GRÜNE wollen, dass der Freistaat – auch auf Bundesebene – alle Möglichkeiten ergreift, die **Tarifbindung** zu stärken. Wir wollen auch in  
1795 Zusammenarbeit mit den sächsischen Unternehmen Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit und Gesundheitsförderung sowie das betriebliche Gesundheitsmanagements weiterentwickeln. Als Arbeitgeber soll der Freistaat mit gutem Beispiel vorangehen.

1800 Unser Ziel ist es, über den gesamten beruflichen Lebensweg hinweg für Familie, private Interessen oder gesellschaftliches Engagement ausreichend Spielraum zu schaffen. Wir wollen, dass sächsische Arbeitnehmer\*innen selbstverständlich Auszeiten oder Arbeitszeitverkürzungen in Anspruch nehmen können, ohne dadurch Nachteile in ihrem Berufsleben oder bei ihren Karrierechancen zu erfahren. Um Arbeitnehmer\*innen Möglichkeiten zur persönlichen Weiterentwicklung zu geben, wollen wir ein  
1805 **Bildungsfreistellungsgesetz** einführen, das ihnen zehn Tage Freistellung innerhalb von zwei Jahren zur Wahrnehmung von Bildungsangeboten einräumt.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1810
- die aktive Integration von Migrant\*innen und Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt,
  - die Stärkung der Tarifbindung,

- ein sächsisches Bildungsfreistellungsgesetz.

1815

## Digitalisierung als Herausforderung annehmen

1820 Neue digitale Technologien – egal, ob man sie Digitalisierung, Industrie 4.0 oder das Internet der Dinge nennt – verändern unsere Welt grundlegend. Wir betrachten die Digitalisierung als Chance für die Gesellschaft. Digitalisierung ist ein Querschnittsthema, sie braucht eine zentrale Koordinierung. Noch stockt in Sachsen der Breitbandausbau, noch verfügen viele Schulen nicht über die nötige Anzahl von Informatiklehrer\*innen und die technischen Voraussetzungen für einen zeitgemäßen Unterricht. Viele Verwaltungen arbeiten immer noch analog. Um dieses zentrale Thema angemessen voranzubringen, fordern wir ein

1825 **Ministerium für Digitales.**

Wir dürfen nicht die gleichen Fehler wie beim Strukturwandel in den Kohleregionen wiederholen. Niemand soll von digitaler Teilhabe – z. B. durch fehlende Kenntnisse – ausgeschlossen werden. Deshalb werden wir ein Zukunftslabor nach Schleswig-Holsteiner Vorbild ins Leben rufen, in dessen Rahmen Weiterbildungsangebote, Informationskampagnen, Jobperspektiven und neue Absicherungsmodelle diskutiert und bewertet werden sollen. **Kleine und mittelständische Unternehmen** sollen bei der Digitalisierung durch Fördermaßnahmen gezielt unterstützt werden. Wir wollen einen jährlichen Wettbewerb für die besten Ideen zur Umsetzung des digitalen Wandels etablieren, der innovative Ideen z. B. zur Förderung des ländlichen Raumes, zu eGovernment und Medienkompetenz auszeichnet.

1835

Eine schnelle Internetverbindung ist heute ein elementarer Teil der Daseinsvorsorge. Sachsen braucht endlich eine tragfähige Strategie für flächendeckende Glasfaser-GigaBit-Netze. Dafür müssen die Verfahren besser mit den Kommunen koordiniert werden und der Ausbau bis in jedes Haus auch dort gefördert werden, wo gerade erst in Zwischenlösungen mit Kupferkabel investiert wurde. Außerhalb der Großstädte dürfen keine neuen weißen Infrastrukturflecken entstehen. Wir wollen möglichst schnell die Voraussetzungen für schnellen Mobilfunk der nächsten Generation (5G) schaffen.

1840

Wir GRÜNE wollen **freie WLAN-Netze**, also kostenfreies, von Unternehmen unabhängiges Internet, wie sie Freifunkinitiativen an einigen Orten in Sachsen bereits aufgebaut haben. Diese Initiativen sollen über die Infrastrukturförderung des Freistaates gefördert und als gemeinnützige Vereine anerkannt werden. Wir wollen Freifunk-Hotspots an mindestens 100 Gebäuden des Freistaates einrichten und weitere Liegenschaften des Freistaates für Freifunk zugänglich machen.

1845

1850

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1855
- ein Ministerium für Digitales,
  - die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen bei der Digitalisierung,
  - die Förderung freier WLAN-Netze.

1860